

Statistisches Bundesamt

und

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stand und Weiterentwicklung der Bildungsstatistik

Statistisches Bundesamt

Bibliothek

77.1884 b

- März 1969 -
(Oktober 1968)

Vorbemerkung	III
I. Überblick über die Entwicklung der Statistiken des Bildungswesens	1
II. Überblick über die bisherigen Schul- und Hochschulstatistiken	6
1. Allgemeine Bemerkungen	6
2. Schulstatistiken	6
2. 1. Allgemeinbildende Schulen	7
2. 2. Berufsbildende Schulen und Ingenieurschulen	7
3. Hochschulstatistiken	8
III. Zum künftigen Bedarf an Bildungsstatistiken	9
1. Allgemeine Bemerkungen	9
2. Bedarf für allgemeine Information und Orientierung	10
a) Sachlicher Ausbau des Arbeitsprogramms	11
(1) Schulstatistiken	11
(2) Hochschulstatistiken	12
(3) Übergang zu Verlaufsstatistiken	13
(4) Die Ermittlung des Bildungsstandes der Bevölkerung ...	13
(5) Ausbildung außerhalb von Schulen und Hochschulen	14
b) Technisch-organisatorischer Ausbau	15
3. Bedarf für Bildungsplanung und Prognose	17
4. Konsequenzen für das bildungsstatistische Arbeitsprogramm ...	20
IV. Vorschläge für die Weiterentwicklung der Bildungsstatistiken	22
1. Befragung von Personen und Haushalten	22
2. Befragung von Institutionen des Schul- und Hochschulwesens ..	25
3. Befragung von Personen und Institutionen außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs	37
V. Überlegungen zu den Kosten der verlaufsstatistischen Vorschläge	38
1. Allgemeine Vorbemerkungen	38
2. Einmalige Kosten	38
3. Laufende Kosten	39
4. Kosten alternativer Lösungen	40
5. Abschließende Bemerkungen zu den Kostenschätzungen	41
VI. Methodisch andere verlaufsstatistische Lösungen	42
1. Stichprobe aufgrund einer Buchstabenauswahl	42
2. Rückbefragung an bestimmten Übergängen oder beim Verlassen des Schulsystems	42
VII. Abschließende Beurteilung der Vorschläge unter V. und VI. ...	43
VIII. Schlußbemerkung	44
Verzeichnis der Anlagen 1 - 12	45

Vorbemerkung

In Anbetracht der großen Bedeutung von Bildungspolitik und Bildungsplanung wurde in den letzten Jahren im Rahmen der amtlichen Statistik dem schrittweisen Ausbau der Bildungsstatistik besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es erschien daher zweckmäßig, eine Orientierung über den gegenwärtigen Stand und über die anzustrebende Weiterentwicklung dieses wichtigen Fachgebiets zu versuchen. Die vorliegende Ausarbeitung geht von dem inzwischen erreichten Stand der Bildungsstatistiken aus. Sie behandelt in ihren Hauptabschnitten den künftigen Bedarf an Bildungsstatistiken und Vorschläge für die künftige Weiterentwicklung dieses Fachbereichs. Die Darstellung war Besprechungsunterlage für die Amtsleitertagung am 29./30. Oktober 1968 in Freiburg/Breisgau und wurde gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erarbeitet.

STAND UND WEITERENTWICKLUNG DER BILDUNGSSTATISTIK

Die Intensität, mit der Bildungsfragen, insbesondere Fragen der Aus- und Weiterbildung, in der in- und ausländischen Öffentlichkeit, von Parlamenten und Regierungen diskutiert werden, hat ihren Höhepunkt wohl noch nicht erreicht. Das große, wachsende Interesse an den Problemen des Bildungswesens hat tiefgreifende Auswirkungen auch auf die amtliche Statistik. Bereits jetzt ist sie nur noch zum Teil in der Lage, den an sie gestellten Forderungen gerecht zu werden. Sie wird den künftigen, teilweise bereits absehbaren Forderungen nur dann gewachsen sein, wenn personelle und organisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die sie befähigen, ihre Aufgaben voll erfüllen zu können. Damit kann auch vermieden werden, daß die amtliche Statistik aus ihrer bisherigen Stellung als Hauptquelle der als notwendig erkannten bildungspolitischen Informationen verdrängt wird.

Die vorliegende Ausarbeitung soll der Orientierung über die Hauptprobleme der Statistik des Bildungswesens dienen. Neben kurzgefaßten Bemerkungen über Aufgabenstellung und Problematik enthält sie Darstellungen des gegenwärtigen Standes der Bildungsstatistik sowie des sich abzeichnenden Bedarfs an bildungsstatistischen Daten und der Planungen, vor allem auch der Überlegungen, die im Programmausschuß der Kultusministerkonferenz diskutiert wurden.

I. Überblick über die Entwicklung der Statistiken des Bildungswesens¹⁾

Die Anfänge der Statistik des Bildungswesens reichen bis in das 18. Jahrhundert zurück²⁾. Die Beobachtungen beschränkten sich zunächst auf die Gesamtzahl von Schülern in einzelnen Anstalten. Mit dem weiteren Ausbau und der immer differenzierteren Gliederung des Schulwesens nahm das Bedürfnis nach exakten statistischen Unterlagen mehr und mehr zu. Schon im früheren Deutschen Reich fiel das Schulwesen in die Zuständigkeit der Bundesstaaten. Die Vielgestaltigkeit im deutschen Unterrichtswesen, bedingt vor allem durch politische, soziale und religiöse Eigenarten, hat bis zur Jahrhundertwende hemmend auf eine einheitliche Reichsschulstatistik gewirkt.

1) Bezüglich der grundsätzlichen historischen Darlegungen zu den Statistiken des Bildungswesens wird auf die Ausarbeitung des Statistischen Bundesamtes für die Tagung der Leiter der Statistischen Landesämter am 23. und 24. Juli 1964 in Kiel verwiesen.

2) Vgl. hierzu u.a. F. Zahn : Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. München - Berlin 1911.

Erst 1901 wurde von den Vertretern der amtlichen Statistik des Reiches und der Bundesstaaten beschlossen, im Deutschen Reich statistische Erhebungen über die Verhältnisse der öffentlichen Volksschulen in fünfjährigem Turnus durchzuführen¹⁾. Die zweite Erhebung dieser Art fand 1906 statt²⁾. Erst im Jahre 1911 wurden die Mittel- und höheren Schulen³⁾ in die Statistik einbezogen. Die erste schulstatistische Erhebung nach dem Ersten Weltkrieg wurde 1921/1922 durchgeführt. Sie schloß zusätzlich die Berufsschulen und Fachschulen ein. Damit waren nunmehr erstmals sämtliche Gattungen des allgemein- und berufsbildenden Schulwesens nach einheitlichen Gesichtspunkten ermittelt worden.

Das Bedürfnis auch nach einer reichseinheitlichen Hochschulstatistik führte dazu, daß anhand der amtlichen Verzeichnisse der Hochschulen Angaben über die Studierenden erstmals im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (Jg. 1909), veröffentlicht wurden, die Ergebnisse für die Sommersemester 1907 und 1908 sowie für die Wintersemester 1907/08 und 1908/09 enthielten. Diese Statistik wurde laufend weitergeführt und allmählich ausgebaut. Nach der Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg wurde die Reichshochschulstatistik 1925 wieder aufgenommen. Seit Sommersemester 1926 stellte das Statistische Reichsamt nach den Unterlagen der Statistischen Landesämter Zahlen über die Studierenden nach Hochschulgattungen zusammen.

Ende 1945 begann in Westdeutschland der Wiederaufbau des Schulwesens. Die durch Inkrafttreten des Grundgesetzes vom Jahre 1949 wiederhergestellte Selbständigkeit der Länder auf dem Gebiet des Bildungswesens, bewirkte im inneren und äußeren Aufbau des Schulwesens eine Vielfalt von Erscheinungsformen. Dank der erfolgreichen Arbeit der Kultusministerkonferenz wurde indessen eine Angleichung erreicht, ohne eine nicht wünschenswerte Uniformität herbeizuführen. Die bundeseinheitliche Statistik der allgemeinbildenden Schulen konnte sich allerdings nur auf solche Merkmale beziehen, die länderweise vergleichbar sind. Trotz gewisser Abweichungen überwogen dabei jedoch die gemeinsamen Grundzüge, die in ihrer Art die kulturelle und politische Zusammengehörigkeit repräsentierten. So war es inzwischen möglich, ein für die maschinelle Datenverarbeitung geeignetes bundeseinheitliches

1) Die Ergebnisse dieser Erhebung wurden im 24. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich 1913, S. 208, veröffentlicht.

2) Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Heft 1/1908, S. 315 ff. ferner Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1908, S. 252.

3) Jetzt Realschulen und Gymnasien.

Standardprogramm für den Bereich der Volksschulen zu vereinbaren, das in allen Ländern im wesentlichen in gleicher Form ab Oktober 1968 erhoben und aufbereitet werden kann¹⁾.

Anl. 1 Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hat bereits 1950 das Statistische Bundesamt gebeten, bei schulstatistischen Erhebungen neben den Statistischen Landesämtern "zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Erhebung in allen Ländern" koordinierend mitzuwirken (s. Anlage 1). Sie wies darauf hin, daß es sich bei den bildungsstatistischen Erhebungen nicht um die Durchführung einer Statistik für Bundeszwecke handele. Der Koordinierungsauftrag bedeutet nach Auffassung des Rechtsausschusses der Statistischen Landesämter, "daß das Statistische Bundesamt nicht nur ermächtigt wurde, Vorschläge für die Durchführung einer Statistik des Bildungswesens auszuarbeiten, also Entwürfe für das Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm zu fertigen, sondern daß es auch bemüht sein soll, über die jeweilige Gestaltung eine Vereinbarung zwischen allen beteiligten Statistischen Landesämtern zu erzielen. Dies gilt sowohl für die Einrichtung neuer, als auch für die Erweiterung der laufenden Statistiken des Bildungswesens. Die Entscheidung über den Vorschlag des Statistischen Bundesamtes bleibt aber immer Sache der einzelnen Länder. Mehrheitsbeschlüsse sind grundsätzlich nicht möglich²⁾".

Das Statistische Bundesamt als K o o r d i n i e r u n g s s t e l l e und die Statistischen Landesämter bereiten die Erhebungen gemeinsam methodisch vor und arbeiten die Rahmenentwürfe der Erhebungsbogen aus. Entsprechend werden die für die Aufbereitung der Ergebnisse benötigten Unterlagen (z.B. Signierschlüssel, Plausibilitätskontrollen) erstellt. Die eigentliche Erhebungs- und Aufbereitungstätigkeit ist Sache der Statistischen Landesämter, die die Ergebnisse dem Statistischen Bundesamt nach einheitlichen Mustern zur Verfügung stellen.

Die Anforderungen an die Bildungsstatistiken wuchsen im Laufe der Zeit. In bereits laufenden Statistiken mußten die Fragestellungen erweitert werden, zusätzliche Fragen waren einzuplanen, und schließlich waren ganz neue Statistiken notwendig. Das schloß auch die Änderung von Erhebungsverfahren ein.

- 1) Eine entsprechende Vereinbarung wird für den Bereich der Realschulen und Gymnasien angestrebt (Vgl. weiter unten Abschnitt III. S. 15).-
- 2) Rechtsausschuß der Statistischen Landesämter: Ausarbeitung Nr. 73; Ergebnis der Sitzung in Forchheim am 22./23. April 1968, S. 2; München 25. Juli 1968.

Von besonderem Einfluß auf die Entwicklung der Bildungsstatistiken waren institutionell neben der Gründung der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung, deren Abteilung für Bildungsplanung personell z.T. in das Institut für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft eingegangen ist, der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen (in gewissem Sinne Vorgänger des Deutschen Bildungsrates), der Wissenschaftsrat und die Kultusministerkonferenz. Von der Sache her ist in diesem Zusammenhang unter anderem auch das Gebiet der Bildungsplanung zu nennen. Zu erwähnen ist hier weiter die zunehmende Bedeutung der Fragen des Bildungswesens im Bereich internationaler und supranationaler Organisationen, u.a. UNESCO, OECD (die im Auftrag der Konferenz Europäischer Kultusminister ein Handbuch für Bildungsstatistik veröffentlicht hat), die Konferenz Europäischer Statistiker sowie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (hier insbesondere das SAEG).

Vor allem hat die Ständige Konferenz der Kultusminister mit ihren Ausschüssen (Schul- und Hochschulausschuß, Arbeitsgruppe für Bedarfsfeststellung) tatkräftig auf den Ausbau der Statistiken des Bildungswesens hingewirkt. Die wichtigsten Schritte auf dem Wege zum heutigen Stand waren:

- a) Auf ihrer 81. Plenarsitzung in Bonn (22. März 1961) beschloß sie u.a., "besondere Aufträge zur wissenschaftlichen Erforschung des deutschen Bildungswesens zu erteilen, deren Ergebnisse die Grundlage für die weiteren kulturpolitischen Förderungsmaßnahmen darstellen sollen".
- b) Durch Beschluß der 95. Plenarsitzung in Bonn (9./10. Mai 1963) wurde die Arbeitsgruppe für Bedarfsfeststellung gebildet, um "alle mit der Weiterführung der Bedarfsfeststellung zusammenhängenden Fragen zu prüfen und Vorschläge für das Plenum zu erarbeiten". Die neugegründete Arbeitsgruppe legte im Juni 1965 einen ersten Bericht über Fragen der Bedarfsfeststellung vor¹⁾.
- c) Anläßlich der 97. Plenarsitzung in Kassel (19./20. Sept. 1963) wurde die Erweiterung des Programms der Kulturstatistiken vom Jahre 1965 ab gefordert (Kasseler Beschluß, siehe Anlage 2).

Anl. 2

1) Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) "Schulbesuch 1961 bis 1970", Erster Bericht der Arbeitsgruppe für Fragen der Bedarfsfeststellung, Bonn, Juni 1965, Dokumentation Nr. 15.

d) Auf der 100. Plenarsitzung in Berlin (5./6. März 1964) erklärte der damalige Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Mikat, die Kernfrage der Gegenwart sei, dem Bildungswesen den ihm zukommenden Platz im öffentlichen Leben zuzuweisen. Dabei seien allein bis zum Jahre 1970 finanzielle Anstrengungen zu machen, die weit über die bisherigen Vorstellungen hinausgingen. Mikat forderte, daß der Kulturretat in seiner "Wertstärke" dem Sozial- und Wehretat angepaßt werden müsse. Vor allem müsse man - ohne Rücksicht auf den Haushalt - zu einer einheitlichen Planung kommen. Die Notwendigkeit zu einer Gesamtschau ergebe sich aus dem anerkannten Zusammenhang von Investitionen im Erziehungswesen und wirtschaftlichem Wachstum. Als die wichtigste Aufgabe der kommenden Zeit bezeichnete er u.a. den weiteren Ausbau der Volksschuloberstufe, der Realschulen und Berufsaufbauschulen, die Förderung der Erwachsenenbildung und die Entwicklung des Hochschulwesens.

Anl. 3 e) Zu den Fragen der Bildungsplanung kam es auf der 102. Plenarsitzung in Köln (25./26. Juni 1964) zu einer Grundsatzaussprache über Definition und Inhalt der Bildungsplanung und zu einer Erklärung zur Aufgabe der Bildungsplanung und über die notwendige Zusammenarbeit mit der Bundesregierung (siehe Anlage 3). In der Erklärung wird eine umfassende Bildungsplanung für notwendig gehalten. Es wird darauf hingewiesen, daß Bildungsplanung die Überprüfung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Bildungseinrichtungen und den Versuch von Vorausberechnungen des zukünftigen Bedarfs an Ausbildungseinrichtungen erforderlich machen. Es wird weiter gesagt, daß solche Arbeiten sich auf statistische Erhebungen und Analysen sowie Überprüfungen nach der quantitativen Seite und auf systematische Forschung zur Überprüfung nach der inhaltlichen Seite erstrecken müßten.

Anl. 4 f) Auf der 106. Plenarsitzung in Bonn (4. Februar 1965) wurde die Kölner Erklärung erweitert (siehe Anlage 4). Es wurde darauf hingewiesen, daß für eine umfassende Bildungsplanung in den Kultusministerien der Länder die erforderlichen Voraussetzungen verstärkt oder unverzüglich geschaffen werden müßten. Insbesondere wären Referate für Bildungsstatistik einzurichten und "von den modernen Methoden der automatischen Verarbeitung individueller Daten in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt weitgehend Gebrauch zu machen". Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß dem vorgesehenen Bildungsrat nur durch leistungsfähige Arbeitsgruppen für Bildungsstatistik und -planung statistisch und pädagogisch einwandfreie Arbeitsunterlagen zur Verfügung gestellt werden könnten.

- g) Schließlich stimmte die Kultusministerkonferenz neuerdings auf ihrer 123. Sitzung in Hannover (6./7. Juni 1968) dem Vorschlag des Programmausschusses zur Errichtung einer ad hoc-Arbeitsgruppe zu, deren Aufgabe es sein wird, die Möglichkeiten zur Organisation der Bildungsstatistiken nach verlaufsstatistischen Prinzipien zu untersuchen.

Die Kultusministerkonferenz ist sich stets bewußt, daß kulturpolitische Maßnahmen sehr weitreichende Auswirkungen haben, daß aber - bevor zweckgerechte Maßnahmen ergriffen werden können - eine Abschätzung der Auswirkungen vorgenommen werden muß. Das aber setzt die Existenz adäquater Statistiken voraus.

II. Überblick über die bisherigen Schul- und Hochschulstatistiken

1. Allgemeine Bemerkungen

Der nachstehende chronologische Überblick innerhalb der Hauptgebiete der Bildungsstatistiken läßt erkennen, in welcher Richtung und für welche Zwecke weitergehende Informationen im Laufe der Zeit notwendig geworden sind. Aufgrund des Kasseler Beschlusses (1963) der Kultusministerkonferenz wurden in das Erhebungsprogramm 1965 auch Individualerhebungen der Schüler und Lehrer aufgenommen. Die erste Verlaufsstatistik für die deutschen Studierenden an Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen ist im Wintersemester 1966/67 eingeführt worden.

Die bei den Statistiken vermerkten Zeitangaben beziehen sich auf die erstmalige koordinierte Durchführung. In einzelnen Ländern liegen vielfach entsprechende Erhebungen aus früherer Zeit vor. Ebenso handelt es sich bei dem Umfang der Statistiken um die gemeinsam festgelegten einheitlichen Mindestrahmenprogramme, deren dargestellte Tatbestände in der Anlage 5 einzeln aufgeführt sind. Darüber hinaus werden in den Ländern nach Bedarf zusätzliche Merkmale erfaßt und in beschränktem Umfang auf Nebengebieten Landesstatistiken geführt.

Anl. 5

2. Schulstatistiken

In den Jahren 1948 und 1949 erste und noch unvollständige Erhebungen im "Vereinigten Wirtschaftsgebiet".

Bundeseinheitliche Statistiken:

2.1. Allgemeinbildende Schulen

Seit 1950: Statistik der Volksschulen, Sonderschulen, Real-(Mittel-)schulen und Gymnasien (Höhere Schulen).

dazu kam:

1951 die Statistik der Schulen mit neu organisiertem Schulaufbau

1954-1961 Zusatzerhebungen über Schulräume und Räume für Leibesübungen

1958 die Statistik der Abendrealschulen, Abendgymnasien und sonstiger Abendschulen zum Erwerb des Realschulabschlusses bzw. der Hochschulreife

1965 aufgrund des "Kasseler Beschlusses" der Kultusministerkonferenz vom 19./20.9.1963:

- 1) die Erhebung der Realschulabsolventen nach Geburtsjahr
- 2) die Erhebung der Schüler in Gymnasien im 10. und 13. Schuljahrgang nach ständigem Wohnsitz und Berufstätigkeit der Eltern (Anlage 6)
- 3) die Individualerhebung der Lehrer an Realschulen und Gymnasien (Anlage 7)
- 4) der Nachweis der von Lehrern wöchentlich tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden
- 5) die Erhebung des nichtlehrenden Personals

Weiterer Ausbau der Statistik der Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs (Institute zur Erlangung der Hochschulreife)

1966: Zusatzerhebung über die "Lehrerbewegung" (Zu- und Abgänge der Lehrer nach der Art bzw. dem Grund)

1967: Umfassende Erhebung der Schulanlagen

1968: Rationalisierung der Berichtserstattung über die Volksschulen; Erstellung eines optimalen bundeseinheitlichen Erhebungsprogrammes zwecks maschineller Auswertung.

2.2. Berufsbildende Schulen und Ingenieurschulen

Seit 1950: Statistik der Berufsschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen (einschl. Ingenieurschulen)

1954-1957: Vorbereitungen für die bundeseinheitliche Umstellung der Erhebung über die Berufsschüler nach dem Individualzählverfahren. Übernahme der Erhebungsunterlagen durch mehrere Länder. Bundeseinheitliches Vorgehen scheiterte 1957 an dem Widerspruch eines Landes

1954-1961: Zusatzerhebungen über Schulräume

1956-1958: Herauslösung der Ingenieurschulstatistik aus der Fachschulstatistik

Anl. 6

Anl. 7

1958: Herauslösung der Technikerschulen aus der Fachschulstatistik - Sondernachweis der Vollzeit- und Teilzeitschulen

1958: Probeweise Einführung des Individualzählverfahrens für Studierende an Ingenieurschulen

1959-1962: Erhebung an den Ingenieurschulen mittels Schulbogen und Individualbogen; dann nur noch in dreijährigem Turnus, zuletzt 1965. Die für 1968 vorgesehene Individualerhebung wird wahrscheinlich auf 1970 verschoben. In den dazwischen liegenden Jahren Erhebung mit einem erweiterten Schulbogen

1960: Erhebung der Berufsaufbauschulen und -lehrgänge

1965 aufgrund des "Kasseler Beschlusses";

- 1) Individualerhebung der Lehrer (Anlage 8 u. 9)
- 2) Nachweis der von Lehrern wöchentlich tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden
- 3) Erhebung des nichtlehrenden Personals

1966: Erfassung der Schulen des Gesundheitswesens mit einem besonderen Erhebungsbogen; gesonderte Darstellung

1967: Umfassende Erhebung der Schulanlagen

3. Hochschulstatistiken

3.1. Ab Sommersemester 1949 Kleine Hochschulstatistik (Semesterstatistik)

3.2. Ab Wintersemester 1949/50 Große Hochschulstatistik jeweils jährlich, ausgenommen Wintersemester 1956/57

3.2.1. Ab Wintersemester 1966/67 Einführung der Verlaufsstatistik (semesterweise) für deutsche Studierende an Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen (ohne Kunst-, Musik- und Sporthochschulen)

3.3.1. Ab 1955 Statistik der Hochschulprüfungen (rückwirkende Erfassung ab Sommersemester 1952) aufgrund der Meldungen der Prüfungsämter

3.3.2. Ab Wintersemester 1968/69 bundeseinheitliche Individualermittlung der Prüfungskandidaten

3.4. 1953, 1960 und 1966: Statistik der Hochschullehrer und des sonstigen wissenschaftlichen Personals (Anlage 10)

3.5. Statistik des Lehrernachwuchses

3.5.1. Ab 1950 Statistik der Lehrerbildenden Anstalten und Einrichtungen, d.h. aller Institutionen, die den Lehrernachwuchs für das Volks- und Sonderschullehramt sowie die Lehrämter für berufsbildende Schulen (ohne Handelslehramt) ausbilden. 1960 ist die Bezeichnung Lehrerbildende Anstalten in "Pädagogische Hochschulen und entsprechende Einrichtungen" geändert worden. Die Statistik wurde jährlich, jeweils im Wintersemester durchgeführt,

Anl. 8u.9

Anl. 10

und zwar zunächst mittels Anstaltsbogen. Ab 1959/60 mittels Schulbogen und Individualfragebogen für Studierende. Ab Wintersemester 1966/67 Einbeziehung der Studierenden in die Verlaufsstatistik (s. auch 3.2.1.)

3.5.2. Ab 1945 Statistik des Lehrernachwuchses für das Lehramt an Höheren Schulen (Gymnasien) - Erhebung an den Studien- und Anstaltsseminaren

Ab 1963 Erhebung der Seminare für Mittel-(Real-)schullehrer und der Lehrer für berufsbildende Schulen

Außerdem werden auf dem Gebiet des Bildungswesens einige weitere Statistiken geführt, wie z.B. (1955 und 1965) die Statistik der Turn- und Sportstätten.

III. Zum künftigen Bedarf an Bildungsstatistiken

1. Allgemeine Bemerkungen

Die vorliegende Ausarbeitung soll in erster Linie einer Orientierung über den zur Zeit erreichten Stand und über die Weiterentwicklung der Bildungsstatistik dienen. Für die sich bereits abzeichnende oder anzustrebende Fortentwicklung ist naturgemäß zunächst die Frage entscheidend, für welche Bedarfsträger und für welche Zwecke künftig mit Bedarf an bildungsstatistischem Material zu rechnen ist. Diese Frage ist wegen der mit jeder Vorausschau verbundenen Unsicherheit und wegen der Vielzahl der am Bildungswesen beteiligten Stellen nur sehr schwer und stets nur in bestimmten Grenzen zu beantworten. Dies gilt für die folgenden Hinweise und Erläuterungen um so mehr, als schon wegen der Kürze der verfügbaren Zeit auf eine systematische Befragung aller in Betracht kommenden Bedarfsträger verzichtet werden mußte. Es kann sich also lediglich um eine erste und vorläufige Übersicht handeln, die nach weiteren Diskussionen zu ergänzen und von Zeit zu Zeit auf den neuesten Stand zu bringen sein wird.

Wenn man den Bedarf an Zahlenmaterial im Bereich des Bildungswesens systematisieren will, bieten sich hierfür verschiedene Möglichkeiten der Kategorisierung an, z.B.:

- a) nach den Bedarfsträgern und Institutionen des Bildungswesens,
- b) nach verschiedenen Verwendungszwecken,
- c) nach Strukturdaten und Strömungsgrößen,
- d) nach vorhandenen und noch fehlenden Daten.

Für die folgende Zusammenstellung ist eine grobe Gliederung nach zwei Gruppen von Verwendungszwecken gewählt worden:

- (1) Für die allgemeinen Zwecke der Information und Orientierung aller am Bildungswesen beteiligten Stellen;
- (2) für die besonderen Zwecke der Bildungsplanung und Bildungspolitik.

Es erschien zweckmäßig, von dieser Zweiteilung auszugehen, um zunächst zu verdeutlichen, daß die an die Bildungsstatistik gestellten und sich für die Zukunft abzeichnenden Anforderungen aus zwei verschiedenen Grundrichtungen kommen. Eine Bedarfsquelle ist das besondere Erfordernis, für die seit Jahren immer bedeutsamer werdenden Überlegungen und Maßnahmen zur Bildungsplanung das hierfür unbedingt notwendige Material bereitzustellen. Daneben stand und steht aber unverändert die allgemeine Aufgabe, für viele Institutionen und Zwecke laufend Informationen über den jeweiligen Stand des Bildungswesens zu liefern. Es ist dies eine Informationsfunktion, die von der amtlichen Statistik auf allen Gebieten zu erfüllen ist und der schließlich die meisten ihrer Daten und Indikatoren in erster Linie dienen. Obwohl natürlich zwischen den hier unterschiedenen zwei Gruppen von Zweckbestimmungen Überschneidungen und Verbindungen vorliegen, dürfte diese Gruppierung für eine Orientierungsübersicht geeignet sein.

2. Bedarf für allgemeine Information und Orientierung

Die erste Fragestellung soll also lauten, welcher künftige Bedarf an bildungsstatistischen Ergebnissen sich für die Vielzahl von Informationsbedürfnissen abzeichnet, deren Träger zunächst einmal die an den Institutionen des Bildungswesens beteiligten oder für das Bildungswesen verantwortlichen Stellen sind. Dies ist schon in jedem Bundesland ein fast unübersehbar großer Kreis, der für den Bereich der Schulen von den Lehrkräften über die Schulleiter und alle Stellen der Schulverwaltung und Schulaufsicht bis zum Kultusministerium des Landes, selbst der gesamten Landesregierung reicht. Auch Bundesressorts müssen als Konsumenten von Bildungsstatistiken erwähnt werden. Das Interesse an ausreichender Orientierung geht jedoch über diesen Kreis noch weit hinaus. Es umfaßt letztlich die gesamte Öffentlichkeit, die alle Vorgänge auf dem Sektor Bildungswesen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und deren Wünsche und Anliegen sich - über die zuständigen politischen Gremien - wieder in Form von Gesetzen und Verordnungen niederschlagen. Schließlich sei auch das besondere Interesse der Wirtschaft und der Wirtschaftsverbände sowie der Wissenschaft an vielen Daten des Bildungswesens erwähnt.

Für einen so weit gespannten Kreis von Interessenten einen vollständigen Überblick zu geben, wäre mit Sicherheit nicht möglich. Es ist auch gewiß nicht Aufgabe der amtlichen Bildungsstatistik, jeden Einzelwunsch von personellen oder institutionellen Gruppen in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen.

Die Auswahl der Bedarfspunkte wird sich zu beschränken haben auf diejenigen Wünsche, die mehr oder minder allgemein oder zumindest von verschiedenen Seiten an die Bildungsstatistik herangetragen werden und vor allem auch von den Kultusministerien der Länder, von der Kultusministerkonferenz, vom Wissenschaftsrat, vom Bildungsrat und den anderen Gremien des Bildungswesens vertreten werden. Nach diesen Gesichtspunkten sind die folgenden Anregungen und Wünsche ausgewählt worden, die sich zum Teil auf sachlichen Ausbau, zum Teil auf technisch-organisatorische Verbesserungen beziehen.

a) Sachlicher Ausbau des Arbeitsprogramms

(1) Schulstatistiken

Der in Anlage 5 unter A. 1 und B. 1 aufgeführte Katalog der Schulstatistiken und der bei diesen Statistiken erhobenen Merkmale reicht nach den bisher gesammelten Erfahrungen für den absehbaren Bedarf an Einzelinformationen in den meisten Fällen aus. Das laufende Programm an Schulstatistiken ist in den letzten 10 Jahren - dies sollte einmal deutlich ausgesprochen werden - in schrittweiser Verwirklichung der von der Kultusministerkonferenz gegebenen Anregungen so beachtlich ausgebaut worden, daß es für Zwecke der allgemeinen Beobachtung und Information eine brauchbare Basis bildet.

Für die Weiterentwicklung des Programms sollte in erster Linie an die folgenden Punkte gedacht werden:

(a) Anpassung der Schulstatistiken an die sich laufend wandelnde Struktur des Schulwesens, z.B.:

Trennung der Nachweise nach Grund- und Hauptschulen

Befriedigende Erfassung der Mittelpunktschulen
(Länderweise verschiedene Benennungen: z.B. Dörfergemeinschaftsschulen, Nachbarschaftsschulen),

Entstehung von Gesamtschulen,

Weiterentwicklung des Berufsschulwesens;

- (b) Zahlenmäßige Beobachtung der Entwicklung der Lehrkräfte nach demographischen und sozioökonomischen Merkmalen und nach Fachrichtungen der Ausbildung (Lehrbefähigung) und des praktischen Einsatzes;
- (c) Gliederung der Schüler nach sozialer Herkunft im weitesten Sinne;
- (d) Gliederung der Schüler nach dem Erfolg des Schulbesuchs; Erfassung der Abgangsnoten;
- (e) Bei den Berufsschulen differenziertere Aufgliederung der Berufswahl der Schüler einerseits und der Fachklassen andererseits (Untersuchung von Prof. Rothe¹⁾).

Es wird bei den künftigen Beratungen und Diskussionen festzustellen sein, ob sich weitere Wünsche ergeben, die für den Ausbau des schulstatistischen Arbeitsprogramms in Betracht kommen. Dabei sollte jedoch unter allen Umständen eine zu weit gehende Ausdehnung vermieden werden, die zu einer Überlastung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms führen könnte.

(2) Hochschulstatistiken

Hier ergeben sich über das zur Zeit laufende Arbeitsprogramm hinaus in erster Linie die folgenden Anregungen und Wünsche:

- (a) Anpassung der Hochschulstatistik an die sich wandelnde Struktur der Hochschulen und des Hochschulunterrichts, z.B.:

Einbeziehung der Ingenieurschulen mit ihrer Aufnahme in den Hochschulbereich,

Einbeziehung wichtiger Daten über Struktur und Organisation der Hochschulen, des Hochschulunterrichts und seiner Entwicklung (Erfassung von Tutorenkursen,

Departmentagliederung statt bisheriger Gliederung nach Fakultäten und Fachrichtungen, Anwendung der operations-research im Hochschulbereich etc.);

- (b) Möglichkeit der Analyse des Zusammenhangs zwischen Art, Dauer und Erfolg des Schulbesuchs und des späteren Hochschulbesuchs;
- (c) Ausbau der Ermittlung des Studienerfolgs (z.B. Prüfungsnoten).

¹⁾ G. Rothe, Berufliche Bildung in Stufen, Modellstudie zur Neuordnung der Berufsschulen in Baden-Württemberg, = Bildung in neuer Sicht, Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Reihe A Nr. 7, Villingen 1968.

(3) Übergang zu Verlaufsstatistiken

Einige der schon bisher aufgeführten Punkte, wie etwa der Zusammenhang zwischen Schul- und Hochschulbesuch können nur durch eine Umstellung wesentlicher Teile des bisherigen Systems der Bildungsstatistiken auf Verlaufsstatistiken realisiert werden. Von vielen Seiten wurde immer wieder darauf hingewiesen¹⁾, daß für Analyse und Planung des Bildungswesens wichtige Daten nur über eine Ergänzung der bisherigen Querschnittserhebungen durch Längsschnitte in Form von Verlaufsstatistiken gewonnen werden können. Erst die Verlaufsstatistik kann über die schon bisher ermittelte Struktur der Schulen und Schüler hinaus auch Angaben über die Strömungsgrößen und damit über den Schülerdurchfluß durch die einzelnen Schulformen liefern.

Die Verlaufsstatistik wirft eine Reihe organisatorischer und finanzieller Probleme auf, die im Rahmen dieser Ausarbeitung noch behandelt werden, doch dürfte sich aus der Verlaufsstatistik auch für viele Zwecke der allgemeinen Information und Orientierung eine Vielzahl neuer Daten und Erkenntnisse ergeben.

(4) Die Ermittlung des Bildungsstandes der Bevölkerung

Ein Grunderfordernis der Information für viele Stellen und Zwecke ist, in bestimmten Zeitabständen ein möglichst detailliertes Strukturbild des Bildungsstandes der gesamten Bevölkerung und der einzelnen Personengruppen zu erhalten. Eine solche Bestandsaufnahme hat den "Bildungsstand" der Bevölkerung, gemessen an den besuchten Schulen und den erreichten Schulabschlüssen, nachzuweisen und die einzelnen Personengruppen mit den verschiedenen demographischen und beruflichen Merkmalen zu kombinieren.

1) A. Hampe, B. Seybert, U. Schulz: "Die statistische Ermittlung der Abgänge und der Studiendauer an wissenschaftlichen Hochschulen", AStA 1966, S. 174 ff., S. 260 ff.
H. Kullmer: Die Hochschulstatistik im Rahmen der Bildungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Statistische Informationen, Brüssel - Luxemburg - Nr. 2-1967, S. 17 ff.
W. Müller: "Welche Forderungen müssen die Bildungspolitiker an die Statistik stellen?", AStA 1966, S. 3 ff.
H. Schubnell: "Was kann die Statistik tun, um den Forderungen der Bildungspolitiker gerecht zu werden?", AStA 1966, S. 21 ff.

Da wegen der Nicht-Übereinstimmung von Schul- und Geburtsjahrgängen stets eine Rückbeziehung von Daten aus der herkömmlichen Schulstatistik auf die Wohnbevölkerung (Grundbevölkerung) zu Schwierigkeiten führte (vgl. die Probleme um die exakte Ermittlung der Abiturientenquoten), mußte in der Vergangenheit das Fehlen solcher Bestandsaufnahmen oft genug als schweres Hemmnis für viele Überlegungen und Maßnahmen empfunden werden.

Die Aufnahme einiger Bildungsfragen in die Volkszählung 1961 war daher ein längst fälliger Anfang zur besseren Fundierung des bildungsstatistischen Arbeitsprogramms¹⁾. Das Frageprogramm der Volkszählung 1970 hat in diesem Punkt einen beträchtlichen Ausbau vorgesehen. Für die Zukunft sollte die Ermittlung umfassender Bestandsaufnahmen des Bildungsstandes der Bevölkerung zum festen Bestandteil des Frageprogramms der Volks- und Berufszählungen werden. (Vgl. auch Abschnitt IV. 1).

(5) Ausbildung außerhalb von Schulen und Hochschulen

In einer Zeit so schneller und grundlegender, vom technologischen Fortschritt ausgelöster Strukturwandlungen ist die Aufgabe der beruflichen Anpassung und Umstellung für den einzelnen und die planenden, wirtschaftenden und politisch entscheidenden Gremien ein äußerst bedeutsames Problem. Ein immer größerer Teil der Aus- und Fortbildung verlagert sich auf Institutionen außerhalb des eigentlichen Schul- und Hochschulbereichs (Betriebe, Verbände, Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, Gewerkschaften, Verwaltungen, Fernunterricht, Rundfunk-Telekollegs usw.). Es wird in den nächsten Jahren eine der wichtigen Aufgaben der Bildungsstatistik sein, diesen beträchtlichen und in der Bedeutung wachsenden Teil des Bildungswesens in die statistische Beobachtung einzubeziehen. Zunächst müßte - am besten von einer Arbeitsgruppe - festgestellt werden, welcher konkrete Bedarf an Informationsmaterial hier besteht und welche Konsequenzen sich hieraus für den Ausbau der Bildungsstatistiken ergeben (Vgl. auch Abschnitt IV. 3).

1) Zu der mehrfach geäußerten Vermutung, bei der Erfragung dieser Merkmale sei mit hohen Fehlerquoten zu rechnen, vgl. die Angaben bei H. Schubnell: "Was kann die Statistik...", a.a.O., S.30.

b) Technisch-organisatorischer Ausbau

Als weitere allgemeine Aufgabe für die nächsten Jahre ergibt sich mit Sicherheit, daß die Statistik des Bildungswesens in der Datenerfassung und in der Aufbereitung und Veröffentlichung der Ergebnisse so weitgehend rationalisiert und beschleunigt werden muß, wie dies nach dem heutigen Stand der technischen und methodischen Hilfsmittel möglich ist. Die zu späte Lieferung vor allem der schulstatistischen Ergebnisse ist in den letzten Jahren von vielen Stellen mit Recht beanstandet worden.

Ein Anfang in diesen Bestrebungen zur Rationalisierung bildungsstatistischer Erhebungen ist bereits durch die Entwicklung von Maschinenprogrammen für die Statistik der Volksschulen gemacht worden. Diese schrittweise Umstellung sollte mit Nachdruck fortgesetzt werden. Dabei sollte allerdings auch gleichzeitig überlegt werden, wie im Bereich der Schul- und Hochschulstatistiken der gesamte Arbeitsablauf - von der Gestaltung der Fragebogen bis zur Veröffentlichung der Ergebnisse - grundlegend modernisiert und beschleunigt werden kann. Mit der Entwicklung von Maschinenprogrammen für die Elektronik allein, ohne gleichzeitige Umstellung der Arbeitsorganisation ist es nicht getan.

Der gesamte Komplex der Rationalisierung der Statistiken des Bildungswesens muß natürlich, vor allem in Bezug auf die Datenerfassung, im Zusammenhang mit möglichen Veränderungen in Methoden und Organisation der Schulverwaltung gesehen werden. In einem Bericht des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft über die Verwaltungsuntersuchung in acht Schulen, die auf Veranlassung des Kultusministeriums Baden-Württemberg durchgeführt wurde, heißt es, daß Personalangelegenheiten einen Schwerpunkt bei der Schulverwaltung bedeuten und daß man, soweit es sich um administrative Vorgänge ohne Entscheidungscharakter handele, sie am zweckmäßigsten einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage übertrage. In diesem Bericht sind ins einzelne gehende Vorschläge für eine elektronische Verarbeitung der unveränderlichen Stammdaten und der variablen Ergänzungsdaten gemacht. Die elektronische Datenverarbeitung (EDV) könne nach Bedarf liefern: Lehrerkarteien und Lehrerstatistiken, Schülerkarteien und Schülerstatistiken, Versäumnislisten, Namenslisten,

Aufstellungen für Lernmittelbeschaffung, Impfungen, Milchbezug, Untersuchungen, Zensurenhefte, Schülerausweise, Klassenstatistiken, Zeugnisblätter usw. usw.

Das Organisationsreferat des Kultusministeriums Baden-Württemberg hat in einem "Bericht über die organisatorischen Untersuchungen zur Ausstattung der Schulen mit Hilfskräften für die Verwaltung und zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit an den Schulen" auf die zu verschiedenen Zeitpunkten und mit zeitlichen und materiellen Überschneidungen geforderten Statistiken hingewiesen, die einen hohen Verwaltungsaufwand erfordern. Der Einsatz von EDV-Anlagen gegen entsprechende Einsparungen im pädagogischen Bereich sei nur wirtschaftlich, wenn es gelinge, die an den Schulen dezentral anfallenden Daten rationell zu erfassen und rasch und unkompliziert an die Bedarfsstellen zu bringen. Das Organisationsreferat hält den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Schule grundsätzlich für technisch und organisatorisch möglich. Er sei jedoch nur positiv zu beurteilen, wenn eine möglichst weitgehende Integration in der Auswertung schulischer Daten bei Schulen, Schulaufsichtsbehörden, Schulträgern und statistischen Ämtern zustande komme. All diese sachlichen und verfahrenstechnischen Aspekte werden gegenwärtig in einem vom Kultusministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegebenen Gutachten erarbeitet, das die Professoren Dr. Wagenführ (Heidelberg) und Dr. Strecker (Tübingen), in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt Baden Württemberg, erstellen.

Im Land Bremen ist die Realisierung noch weiter gediehen. Hier hat man ^{bereits} mit der verlaufsstatistischen Organisation des Bildungswesens analog des hochschulstatistischen Konzepts begonnen. Ähnliche Überlegungen werden auch in anderen Ländern angestellt, so etwa im Saarland. Auch das Land Berlin hat die Grenzen der herkömmlichen Bestandsstatistiken bereits überschritten.

Die in den nächsten Jahren im Mittelpunkt der Arbeiten stehende technische Rationalisierung der Bildungsstatistiken wird aber wohl nur bei enger Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern und Kultusministerien bzw. Senatsverwaltungen bewältigt werden können. Hierzu dürfte auch die Bereitschaft gehören, die für die Entwicklung

neuer Arbeitsabläufe und für die Maschinenprogramme nötige Einheitlichkeit im Frage- und Auswertungsprogramm zu akzeptieren. Es wird geprüft werden müssen, ob dies bei der Vielfalt und Verschiedenartigkeit der Anforderungen an die Bildungsstatistik in den einzelnen Ländern möglich ist.

In diesem Zusammenhang wird auch überlegt werden müssen, ob *Datenbanken* für den Bildungsbereich ein zweckmäßiges Mittel darstellen um sowohl den Erfordernissen der Bildungsstatistik als auch den Bedürfnissen der Schulverwaltung in rationeller Weise Rechnung zu tragen.

3. Bedarf für Bildungsplanung und Prognose

Die zweite Frage für die Ermittlung des künftigen Bedarfs an Bildungsstatistiken lautet, welche Konsequenzen sich aus der in allen Bundesländern so überaus wichtigen Bildungsplanung und aus den hierfür nötigen Prognosearbeiten ergeben. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Fragenkomplexes sollen zunächst einige einleitende Bemerkungen über das Wesen und die Konsequenzen der Bildungsplanung gemacht werden.

"Die *Bildungsplanung* als Instrument moderner Kulturpolitik bedeutet den Versuch, unter Anwendung von neuzeitlichen Methoden der Planung rechtzeitig diejenigen Maßnahmen einzuleiten, die den Menschen in die Lage versetzen, seine individuellen Fähigkeiten bestmöglichst zu entfalten. In diesem Sinn bedeutet die Bildungsplanung gleichzeitig auch Sicherung des Freiheitsraumes des einzelnen¹⁾".

Nach Meinung von Kultusminister Prof. Hahn kann diesem Rechtfertigungsgrund der Bildungsplanung nur durch eine *Gesamtkonzeption des Bildungswesens* entsprochen werden: "Auf der Grundlage der Ergebnisse der Bildungsforschung müssen die für die Zukunft erforderlichen Entscheidungen des Bildungspolitikers vorbereitet werden, indem die unterschiedlichen Vorstellungen in den einzelnen Bildungsbereichen von der Schule bis zur Hochschule und Erwachsenenbildung unter Berücksichtigung der immer engeren Verflechtung der nationalen und internationalen Kultur-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zu einer einheitlichen

1) Kultusminister Prof. W. Hahn, "Wirtschaftswachstum und Ausbildungsbedarf", in: "Bildung und Wirtschaftswachstum", Villingen 1966, S. 11.

Konzeption für das gesamte Bildungswesen verbunden werden. Bildungsplanung bedeutet somit die Koordination bildungspolitischer Maßnahmen unter gleichzeitiger Berücksichtigung wahrscheinlicher künftiger Strukturveränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft. Koordination und Zukunftsbezogenheit sind somit ihre wichtigsten Kennzeichen.

Die Bildungsplanung hat zwei Aspekte, die sich gegenseitig bedingen:

Den quantitativen Aspekt der kurz-, mittel- und langfristigen Prognose des künftigen Bildungsbedarfs;

den qualitativen Aspekt der strukturellen Veränderung und Verbesserung des Bildungswesens.¹⁾

Diesen beiden Aspekten entsprechen auch die beiden Ausgangspunkte aller bekanntgewordenen bildungspolitischen Konzeptionen sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen. Sie beinhalten den "Grundsatz der Demokratisierung des Bildungswesens durch Verwirklichung des Prinzips der Gleichheit der Bildungschancen" und den "ökonomischen Grundsatz einer langfristigen Deckung des gesellschaftlichen Gesamtbedarfs an qualifizierten Fachkräften²⁾".

Die quantitative Bildungsforschung hat es vor allem mit dem zweiten Aspekt zu tun. Durch Anwendung adäquater, der Nationalökonomie entnommener Instrumente hat dieser Zweig der Forschung einen starken Aufschwung erfahren; das für Prognosezwecke geschaffene Instrumentarium spielt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle³⁾.

Aufgabe dieser Prognosen - deren Durchführung schon unter dem Aspekt der Haushaltsplanung unabdingbar ist - kann darin gesehen werden, "den Grad der Unsicherheit über die tatsächliche (zukünftige) Entwicklung, der vor der Prognoseerstellung herrschte, zu vermindern"⁴⁾. Prognosen bilden insofern eine Grundlage für in die Zukunft projiziertes Handeln.⁵⁾⁶⁾

1) In der OECD-Formulierung Economic demand bzw. social demand approach.

2) Kultusminister Prof. W. Hahn, "Wirtschaftswachstum und ... " a.a.O., S. 11. - 3) Auf die Fachleuten geläufige Differenzierung, Prognose, Vorausschätzung, Projektion u.a.m. ist zunächst verzichtet worden. - 4) Vgl. Theil: "Applied Economic Forecasting," Amsterdam 1966. 5) Vgl. Frisch: "A Survey of Types of Economic Forecasting and Programming and A Brief Description of the Oslo Model", Oslo 1961. - 6) Vgl. Gerfin: "Begriffe und Fragestellungen wirtschaftlicher Vorausschätzungen" in: ASTA 1967.

Die moderne Planungstechnik arbeitet mit den w a h r s c h e i n - l i c h s t e n W e r t e n und ist bestrebt, ein Prognosemodell, genauer Vorausschätzungsmodell, im Sinne eines r e v o l v i e r e n - d e n S y s t e m s aufzustellen, das beim Eintreffen neuer Informationen und Forschungsergebnisse jederzeit schnell revidiert werden kann¹⁾, ähnlich wie es bei den Bevölkerungsvorausschätzungen der amtlichen Statistik geschieht²⁾. Während dort die erforderlichen Informationen k o n t i n u i e r l i c h und a k t u e l l f l i e - ß e n , begnügte sich die B i l d u n g s s t a t i s t i k bisher mit einem System der Berichterstattung, das im Prinzip seit mehr als 150 Jahren existiert und das lediglich gestattet, von Zeit zu Zeit Bestände zu erheben, die eine "statische" Information ergeben und zudem meist relativ spät veröffentlicht werden konnten. Vor allem aber ist es mit diesem System nicht möglich, "echte" Strömungsgrößen zu gewinnen, die allein die Dynamik der sich im Bildungssystem vollziehenden Prozesse ausreichend analysieren lassen.

Der Wissenschaftsrat und die Kultusministerkonferenz sind schon seit einiger Zeit prognostisch tätig. Das Ergebnis dieser Bemühungen wurde jedoch durch den Mangel adäquater statistischer Daten beeinträchtigt. Im Auftrag des Wissenschaftsrats arbeitete Prof. Riese, ein Schüler Prof. Bombachs aus Basel, mit Unterstützung des Statistischen Bundesamtes an der Verifizierung eines Modells, das die Ansätze Tinbergens und Bombachs verfeinernd zu einer hinreichend genauen Vorausschätzung des Bedarfs an akademisch gebildeten Arbeitskräften der Bundesrepublik bis zum Jahr 1980 führen sollte³⁾.

Langfristige Bedarfsprognosen machen dem einzelnen nicht nur gewisse Einsichten in die Marktsituation möglich (Berufswahl, Berufsberatung), sondern erlauben auch eine Gegenüberstellung mit sogen. "Angebotsprognosen", die, von der gegenwärtigen Struktur des Bildungssystems ausgehend, unter Berücksichtigung der Besetzung der einzelnen Altersklassen in den höheren Schulen und Universitäten abzuschätzen versuchen, wieviele akademisch gebildete Fachkräfte in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten sind. Der Vergleich beider Prognosen gibt einen Anhaltspunkt für die in der Zukunft zu erwartenden Engpässe und Überschüsse und damit eine Grundlage für die Bildungspolitik überhaupt.

1) Vgl. G. Bombach in: "Bildung und Wirtschaftswachstum", Villingen 1966, besonders Seite 19. - 2) Vgl. Statistisches Bundesamt: Sonderbeitrag "Vorausschätzung der Bevölkerung für die Jahre 1966 bis 2000", Fachserie A, Reihe 1. - 3) Vgl. H. Riese: "Die Entwicklung des Bedarfs an Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik Deutschland", Wiesbaden 1967; (Steiner Verlag).

Eine planlose Erweiterung des Bildungssektors in dieser oder jener Richtung könnte zu ernsten, auch für das Individuum mit großen Härten verbundenen strukturellen Ungleichgewichten führen, die sich kurzfristig nicht beseitigen lassen.

Für das gesamte Schulwesen gilt es, die Ausbildungskapazitäten zu verbessern und die Ausbildungsintensität zu vertiefen. Die sehr weitreichenden finanziellen und personellen Auswirkungen solcher Maßnahmen sind in ihren Größenordnungen noch nicht exakt abzuschätzen. Die diesen Maßnahmen vorausgehenden statistischen Aufbereitungen und Analysen müssen deshalb, um Fehlinvestitionen möglichst zu vermeiden, besonders sorgfältig und umfassend durchgeführt werden. Der Wunsch nach einem Ausbau der Statistik des Bildungswesens geht demnach in starkem Maße auch auf die Notwendigkeit zurück, die Planungsarbeiten auf dem Gebiet des Schul- und Hochschulwesens auf sicheren statistischen Unterlagen aufzubauen. Auf dem Hintergrund dieser Probleme und Aufgabenstellungen ist letztlich das gesteigerte Interesse der Kultusminister der Länder an einer sich modernster Methoden bedienender Bildungsstatistik zu verstehen.

4. Konsequenzen für das bildungsstatistische Arbeitsprogramm

Aus dem in den Abschnitten III.2. und III.3. gesagten ergeben sich für das bildungsstatistische Arbeitsprogramm einige Konsequenzen: "Die Tatsache, daß die vorhandenen statistischen Unterlagen bisher auf Grund völlig anderer Anforderungen erhoben und zusammengefaßt wurden, zwingt (jeden, der sich ernsthaft mit Bildungsfragen beschäftigt) zu einer mühsamen, zeitraubenden und kostspieligen Anpassung und Neuordnung der Statistiken an die neuen Problemstellungen. Oft zwingt das Fehlen statistischer Unterlagen überhaupt zu speziellen Untersuchungen, die zunächst nur der Beschaffung erster statistischer Informationen dienen¹⁾".

1) Vgl. H.-P. Widmaier, Bildung und Wirtschaftswachstum, Modellstudie zur Bildungsplanung, = Bildung in neuer Sicht, Schriftenreihe des Kultusministeriums Baden-Württemberg (Hrsg.), Reihe A Nr. 3, S. 26.

Diese statistischen Sondererhebungen belasten nicht nur die betroffenen Institutionen außerordentlich, sondern verursachen auch Aufwendungen, die oft ein Mehrfaches des Betrages ausmachen, der für eine sinnvolle - vor allem die modernen technischen Mittel ausreichend berücksichtigende - Organisation der amtlichen Statistiken erforderlich gewesen wäre.

Die Millionenbeträge, die für diese statistischen Erhebungen ausgegeben werden, hätten rationeller für *a n a l y t i s c h e U n t e r s u c h u n g e n* eingesetzt werden können, wenn die amtliche Statistik in der Lage gewesen wäre, das für diese wertvollen Forschungen erforderliche Zahlenmaterial zu liefern.

Eine sachgerechtere, moderne Bildungsstatistik ist weder technisch noch finanziell eine Utopie. Die Konsequenz dieser Erkenntnis ist, daß es die amtliche Statistik als ihre Aufgabe ansehen sollte, sowohl für allgemeine Zwecke der Information als auch für viele Zwecke der Bildungsplanung und Prognose ausreichendes Zahlenmaterial zur Verfügung zu stellen, wodurch sich viele der z. Zt. noch durchgeführten Sondererhebungen von Forschungsinstituten usw. erübrigen würden. Eine unabdingbare Voraussetzung hierfür dürfte jedoch sein, daß es gelingt, neben dem Ausbau der Bestandsstatistiken vor allem Verlaufsstatistiken in das System der bisherigen Bildungsstatistik aufzunehmen.

IV. Vorschläge für die Weiterentwicklung der Bildungsstatistiken

Der Versuch, den künftigen Bedarf an Bildungsstatistiken in einigen Punkten zu umreißen, muß zwangsläufig verbunden sein mit der Überlegung, in welcher Form, mit welchen sachlichen, technischen und finanziellen Konsequenzen sowie in welcher zeitlichen Abfolge der schrittweise Ausbau von Bildungsstatistiken verwirklicht werden kann. Das statistische Arbeitsprogramm darf jedoch weder vor den bei jeder Weiterentwicklung auftauchenden Schwierigkeiten kapitulieren noch Pläne entwickeln, die in ihrem Inhalt und in ihren Konsequenzen nicht realisierbar sind.

Auch für diese Vorschläge stellt sich die Frage einer zweckmäßigen Systematisierung. Aus praktischen Gründen wurde folgende Dreiteilung vorgenommen, die sich an dem jeweiligen Kreis der Befragten orientiert:

1. Befragung von Personen und Haushalten,
2. Befragung von Institutionen des Bildungswesens,
3. Befragung von Personen und Institutionen außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs.

1. Befragung von Personen und Haushalten

Eine der grundlegenden Anforderungen an das künftige bildungsstatistische Programm besteht darin, in bestimmten Zeitabständen ein ausführliches Strukturbild des Bildungsstandes der Bevölkerung zu geben (s. Abschnitt III. 4). Diese Bestandsaufnahme erfolgt am besten in Verbindung mit den großen Volks- und Berufszählungen, weil auf diese Weise die benötigten regionalen Ergebnisse am einfachsten gewonnen werden können. Der erste Versuch wurde bei der Volkszählung 1961 unternommen. Bei dieser Zählung wurden lediglich alle Personen, die eine Ausbildung an einer Berufsfach- und Fachschule oder Hochschule absolviert hatten, nach der Fachrichtung des Abschlusses befragt¹⁾, trotzdem konnte man mit der Auswertung dieser Fragen bereits eine Lücke schließen und bessere Grundlagen für die Lösung von Nachwuchsfragen schaffen.

Einen wesentlichen Fortschritt bedeutet das Frageprogramm der Volks- und Berufszählung 1970²⁾, das sich in einen totalen und einen repräsentativen Teil (10 %-Auswahl) gliedert. Die Vorteile der Zweiteilung liegen in Kosten- und Zeitersparnissen sowie einer geringeren Belastung

-
- 1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Personen mit abgeschlossener Ausbildung, Fachserie A, Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961, Heft 15.
 - 2) K. Szameitat und Mitarbeiter: Die Vorbereitung des Zählungswerkes 1970, Teil 1: Das Gesamtkonzept, WiSta, 8/1967, S. 443 ff. sowie H. Schubnell und Mitarbeiter: Die Vorbereitung der Volkszählung 1970, Teil 2: Die Volks- und Berufszählung, WiSta, 10/1967, S. 549 ff.

von Befragten und Zählern. Für die Entscheidung, welche Merkmale in den totalen und welche in den repräsentativen Teil übernommen werden sollten, waren Gesichtspunkte der sachlichen und regionalen Aufgliederung des Materials maßgebend. Der repräsentative Teil enthält deshalb auch keine Merkmale, die für kleine regionale Einheiten tabellarisch ausgewiesen werden sollen, weil eine 10%-Auswahl eine solche tiefe sachliche Gliederung des Materials nicht gestattet.

Im totalen Zählungsteil soll das Ausbildungsniveau der Bevölkerung ermittelt werden, deshalb wird nach dem Abschluß der Ausbildung (Volksschule, mittlere Reife, Abitur, Berufsschule, Ingenieurschule, Berufsfach- oder Fachschule, Hochschule) gefragt. Hinzu kommt für die noch in Ausbildung befindlichen Personen die Frage, welche Schule gegenwärtig besucht wird. Die herkömmlichen Schulstatistiken sind in der Regel Anstaltsstatistiken und ermitteln die Schüler am Schulort, demgegenüber stellt die Volks- und Berufszählung den Schüler am Wohnort fest und liefert damit in größeren Zeitabständen Unterlagen über die regionalen Unterschiede des Schulbesuchs. Mittels der Zusatzfrage nach der Anschrift der Schule wird auch das regionale Einzugsgebiet untersucht.

Da das Frageprogramm der Zählung in Anpassung an das internationale Programm auch Fragen nach der Ausbildung in Grundschulen, mittleren und höheren Schulen vorsieht, wird nicht nur der gesamte Ausbildungsstand der Bevölkerung aufgenommen, sondern gleichzeitig auch die internationale Vergleichbarkeit im Bildungswesen erhöht.

In Kombination mit anderen Zählungsmerkmalen ergibt sich darüber hinaus die Möglichkeit, die Schüler und die Personen mit abgeschlossener Schulbildung nach demographischen, wirtschaftlichen und regionalen Gesichtspunkten zu gliedern, wie es im Rahmen der laufenden Schulstatistiken nicht möglich ist. Der totale Teil der Volkszählung ist auch zur Erfassung der Ausbildungspendler geeignet (Schüler und Studierende, deren Ausbildungsstätte von der Wohnung getrennt - in einer anderen Gemeinde evtl. auch in einem anderen Stadtbezirk - liegt und die täglich in ihre Wohnungen zurückkehren). Von allen Pendlern, also auch von den Ausbildungspendlern, ist neben der Anschrift der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte zur Bestimmung der Pendlerzielorte, das hauptsächlich benutzte Verkehrsmittel sowie der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte anzugeben.

Zusätzlich werden unter den Schülern und Studierenden die Fernpendler nachgewiesen werden können, d.h. solche Personen, die aus Ausbildungsgründen von ihren Familien getrennt wohnen.

Im repräsentativen Zählungsteil werden alle diejenigen, die die Ausbildung an einer berufsbildenden Schule oder einer Hochschule abgeschlossen haben, nach der Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses und der Dauer der Ausbildung gefragt, was u.a. für differenzierte Schätzungen zur Deckung des überregionalen Arbeitskräftebedarfs Verwendung finden kann. Die Kombination von Art der Ausbildung und Arbeitseinkommen der Ausgebildeten unter Berücksichtigung ihres Geschlechts, Alters, ihrer Stellung im Beruf usw. kann als Kriterium für die "Verzinsung" der Ausbildung vom Gesichtspunkt des Ausgebildeten her dienen.

Die Grenzen solcher Totalerhebungen zur Erfassung des Ausbildungsstandes der Bevölkerung werden im wesentlichen durch den Schwierigkeitsgrad der einzelnen Fragen bestimmt. Von einem gewissen Schwierigkeitsgrad ab funktioniert nämlich das Prinzip der Selbstauffüllung nicht mehr und es muß zur Anwendung der Interview-Methode übergegangen werden. Hierfür steht in erster Linie die Erhebungsorganisation des Mikrozensus zur Verfügung, deren besonders geschulte Interviewer auch ein relativ differenziertes Frageprogramm bewältigen können. Bereits 1957 sind erstmals im Rahmen des Mikrozensus der Ausbildungsstand und der ausgeübte Beruf der Wohnbevölkerung festgestellt worden. Die hierbei gemachten Erfahrungen und die zu enge Fragestellung nach dem Ausbildungsstand bei der Volkszählung 1961 ließen eine differenziertere Erhebung im Rahmen des Mikrozensus zweckmäßig erscheinen. Bereits 1964 konnten in einem Zusatzprogramm "Berufliche Ausbildung" erstmalig u.a. Ausbildung und Einkommen kombiniert werden, so daß diese Erhebung zu recht wertvollen Erkenntnissen geführt hat.

Die besondere Bedeutung des Mikrozensus für die Bildungsstatistik liegt in der Möglichkeit einer Verzahnung von Stichprobe und Totalerhebung. Durch sie wird künftig ein noch tieferes Eindringen in die vielschichtigen Probleme des Bildungswesens möglich. Zunächst müssen in der Totalerhebung die Rahmenmerkmale festgelegt, sowie - in regional tiefer Gliederung - die wichtigsten Ergebnisse dargestellt werden, an die eine

zusätzliche Befragung anknüpfen kann. Die Zusatzbefragung hat dann die Aufgabe, die komplizierten Zusammenhänge zwischen Aus- und Fortbildung, sowie die Auswirkungen dieser Bemühungen durch gezielte Fragestellungen zu untersuchen und qualitativ gesicherte, aber regional nicht mehr so tief aufgegliederte Ergebnisse zu bringen. Damit zeichnet sich ab, daß der Mikrozensus in Weiterentwicklung der bisherigen Befragungen die Aufgabe haben wird, zur Ergänzung des von den großen Zählungen geschaffenen Strukturbildes bestimmte Detailaufgaben des bildungsstatistischen Programms zu übernehmen. Dazu gehört auch die Aufgabe, den Zwischenraum zwischen zwei Totalzählungen durch die Ermittlung von Bestandsveränderungen zu überbrücken und die eingetretenen Fortschritte im Ausbildungsstand der Bevölkerung sichtbar zu machen.

Die Vorteile von Stichproben schlechthin liegen in der Kosten- und Zeiterparnis und darin, daß die Fragestellung wendiger sein kann. Ihre Grenzen liegen dort, wo die angestrebten Ergebnisse bei einem gegebenen Auswahlatz in der tiefsten benötigten Gliederung nicht mehr genügend zuverlässig sind.

Prognosemodelle - wie sie im Zuge der mittel- und langfristigen Finanzplanung unabdingbar werden - bedürfen eines kontinuierlichen Datenstroms, um immer wieder aktualisiert zu werden. Eine Ermittlung solcher Strömungsgrößen mittels Stichproben wäre zwar theoretisch möglich, würde aber unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen (siehe auch unter IV. 1.).

2. Befragung von Institutionen des Schul- und Hochschulwesens

Der größte und wichtigste Teil der Bildungsstatistiken wird naturgemäß stets aus den Erhebungen bestehen, die sich an Schulen und Hochschulen wenden. Die in Abschnitt III behandelten Vorschläge für den Ausbau der Bildungsstatistik werden daher in den meisten Fällen auf die Möglichkeiten zu prüfen sein, das Frageprogramm der Schul- und Hochschulstatistiken entsprechend auszubauen bzw. die Gliederung der Ergebnisse den Strukturwandlungen im Schul- und Hochschulwesen anzupassen.

Die mit Abstand bedeutsamste und folgenreichste Anregung besteht in dem Vorschlag, analog dem inzwischen in der Hochschulstatistik eingeführten verlaufsstatistischen System auch im Bereich der Schulstatistiken ein geschlossenes verlaufsstatistisches System zu verwirklichen. Auf diesen Schwerpunkt der Anregungen sollen sich daher die folgenden Bemerkungen konzentrieren.

Vorschlag zur Umstellung der Schulstatistiken auf verlaufsstatistische Prinzipien

Die bereits in Abschnitt III erwähnten Einzelbestrebungen der Länder, im Bereich des Bildungssektors den statistischen Apparat unabhängig voneinander zu vervollkommen, sollten die für die Kulturstatistik zuständigen Instanzen zu einer gemeinsamen Aktion anregen, um zu verhindern, daß unterschiedliche Entwicklungen eintreten, die zum Schaden des Ganzen irreversibel sein könnten. Zudem haben erste Kalkulationen gezeigt, daß eine Umstellung der bisherigen Schul- und Hochschulstatistiken auf verlaufsstatistische Prinzipien zu Kosten verwirklicht werden könnte, die im Hinblick auf den Erkenntniswert einer solchen Statistik und im Vergleich zu den Kosten der gegenwärtigen Bestandsstatistiken vertretbar erscheinen. Hierdurch würde bei den Statistiken nicht nur der Informationsinhalt verbessert und ihr Informationsumfang erweitert werden, sondern es ergäbe sich durch die Einführung des technischen Fortschritts nebenbei auch eine Rationalisierung der Behandlungsformen¹⁾.

Im einzelnen läßt sich die Umstellung wie folgt begründen:

- (1) Die Schulerhebungsbogen wenden sich in ihrem für die Erfassung der Schüler bestimmten Teil nicht an die einzelnen Schüler, sondern an die Schule. Die Folge davon ist, daß die Schule die Angaben über die Schüler quasi in Tabellenform machen muß. Das hat folgende Konsequenzen:
 - a) Die Schulen werden mit der Aufstellung von Tabellen aus Einzelangaben belastet, die einen hohen Arbeitsaufwand erfordern, nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben, sondern zu den Aufgaben der Statistischen Ämter gehören und für die sie auch nicht das Personal und die technischen Mittel besitzen.
 - b) Das System ist unbeweglich, da die aufbereitenden Statistischen Ämter an das Tabellenschema in den Erhebungsbogen gebunden sind. Insbesondere läßt das Erhebungssystem keine beliebige Kombination der für die Schüler zu erfassenden Merkmale nach wechselnden Bedürfnissen zu. So werden von den Schulen z. B. Angaben über die Schüler einmal nach Geburtsjahren und zum anderen nach Schuljahrgängen geliefert. Der gewünschte kombinierte Nachweis scheitert jedoch bereits am Umfang der Tabelle, den technischen Schwierigkeiten und am Arbeitsaufwand.

1) Vgl. H. Kullmer, Die Hochschulstatistik ..., a.a.O., S. 17 ff.

(2) Der unter Ziff. 1) geschilderte Aufbau der Erhebungsbogen zwingt dazu, die Erhebungsmerkmale vor der Konzentration zu Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesergebnissen abzulochen. Es besteht aber kein Zweifel daran, daß sowohl die technische Entwicklung als auch die personelle und finanzielle Situation immer mehr den Ein-satz von Lesegeräten verlangt, die erst durch den Übergang auf Individualbogen rationell eingesetzt werden. Der Übergang zum Lesegerät würde zugleich eine Entlastung der Lehrer und Schulen bedeuten, die keine Statistiken mehr aufzustellen hätten. Ihre Aufgabe würde nur noch darin bestehen, auf das rechtzeitige Ausfüllen der Bogen zu achten und das Ausfüllen der Bogen, das die älteren Schüler selbst übernehmen könnten, zu überwachen.

(3) Einige für die Bildungsstatistik und für die Schulverwaltung wichtige Fragen lassen sich mit Schulerhebungsbogen überhaupt nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten beantworten. Dazu gehören z. B. Angaben über die soziale Schicht, der die Eltern angehören (insbesondere wichtig für die Beurteilung des Besuches weiterführender Schulen), Angaben über die Geschwister und die von diesen besuchten Schulen sowie Angaben über den Wohnort der Schüler, das von ihnen für den Schulweg benutzte Verkehrsmittel usw. Solche Angaben können in der benötigten regionalen Tiefengliederung für Untersuchungen über das "Bildungsdefizit" bestimmter Bevölkerungsschichten, die Abgrenzung von Schuleinzugsbereichen usw. nur alle zehn Jahre im Rahmen einer Volkszählung ermittelt werden. Dieser Abstand ist jedoch zu lang. Die Folge davon sind zahlreiche Sondererhebungen.

(4) Bei dem gegenwärtigen System der Schulstatistiken ist keine ausreichende Erfassung der Schülerbewegung möglich. Gerade der Nachweis der Schülerbewegung dürfte den Schulen außerdem besonders große Schwierigkeiten bereiten und ihnen besonders viel Arbeit machen.

Die Bedeutung der Erfassung der Schülerbewegung sei an Beispielen der Bevölkerungsstatistik demonstriert:

a) Im Rahmen der Volkszählungen wird die Gliederung der Bevölkerung an einem Stichtag nach Geschlecht, Alter und Familienstand festgestellt. Der Parallellfall in der Schulstatistik ist die jährliche Erfassung der Schülerbestände nach Geschlecht,

Geburts- bzw. Schuljahrgängen und nach der Art der besuchten Schule. In der Bevölkerungsstatistik ist es schon immer als selbstverständlich betrachtet worden, daß die Erfassung der Bestände nicht genügt, sondern daneben eine kontinuierliche Erfassung der Bevölkerungsbewegung treten muß, also z. B. der Geburten, Sterbefälle, Änderungen des Familienstandes durch Eheschließung und Ehelösung sowie der Wanderungen. Dem entsprechen in der Schulstatistik u. a. die Zugänge in das Schulsystem (z. B. Schulanfänger), die Abgänge aus dem Schulsystem (z. B. in einen Beruf), die Übergänge von einer Schulart auf die andere (z. B. von der Realschule auf das Gymnasium oder die Rückversetzung von der Realschule in die Volksschule) und der Wechsel der Schule (z. B. wegen Umzugs der Eltern).

- b) In der Bevölkerungsstatistik dient die laufende Erfassung der Bevölkerungsbewegung zunächst der Fortschreibung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter und Familienstand in beliebiger regionaler Gliederung. Infolgedessen kann man sich mit einer totalen Bestandsaufnahme in Zehnjahresabständen zur Kontrolle der Fortschreibungsergebnisse und zur Schaffung einer neuen Ausgangsbasis begnügen. In entsprechender Weise wäre bei einer ausreichenden Erfassung der Schülerbewegung eine Fortschreibung der Schülerbestände möglich, so daß auf die jährlichen kostspieligen und arbeitsaufwendigen Bestandsstatistiken bei den Schulen verzichtet werden könnte.
- c) In der Bevölkerungsstatistik werden die Ergebnisse der laufenden Bevölkerungsbewegungsstatistik ferner dazu verwendet, Geburtenziffern, Sterbeziffern, Heiratsziffern, Ehelösungsziffern, Wanderungsziffern usw. nach Geschlecht, Alter und Familienstand zu berechnen. Damit soll für den zeitlichen und örtlichen Vergleich die Häufigkeit dieser Ereignisse festgestellt werden. Der Parallellfall in der Schulstatistik hierzu ist die Berechnung von "Übergangsquoten", d. h. z. B. des Anteils der 5jährigen, die bis zum Alter von 6 Jahren in die Volksschule aufgenommen werden oder des Anteils der Volksschüler im 4. Schuljahrgang, die mit dem 5. Schulbesuchsjahr auf die Realschule bzw. das Gymnasium übergehen bzw. in der Volksschule verbleiben oder des Anteils der Realschüler eines be-

stimmten Schuljahrgangs, der in die Volksschule zurückversetzt wird oder des Anteils der Realschüler bzw. Gymnasiasten der einzelnen Geburts- und Schuljahrgänge, welche das Schulsystem verlassen.

- d) In der Bevölkerungsstatistik dienen die aus der Bevölkerungsbewegungsstatistik gewonnenen Ziffern, Häufigkeiten oder Wahrscheinlichkeiten auch der Bevölkerungsvorausschätzung. Sie sind dafür unentbehrlich. Dasselbe gilt hinsichtlich der "Übergangsquoten" für die Vorausschätzung der Schüler in den einzelnen Schularten nach Geschlecht, Geburtsjahr bzw. Alter und Schuljahrgang sowie der Zugänge in und der Abgänge aus dem Schulsystem. Die Kenntnis der zu erwartenden Abgänge aus dem Schulsystem ist zugleich wichtige Voraussetzung für eine Abschätzung der neu in das Berufsleben eintretenden Personen nach ihrem Bildungsstand und damit für die Beantwortung wichtiger Berufsnachwuchsfragen.
- e) Ferner gibt es einige wichtige Fragen, zu deren Beantwortung es erforderlich ist, das "Bildungsschicksal" bestimmter Geburtsjahrgänge oder das "Bildungsschicksal" von Personen, die in einem bestimmten Kalenderjahr in das Schulsystem eingetreten sind oder darin eine bestimmte Stufe erreicht haben, über längere Zeiträume hinweg zu verfolgen. Dazu gehören z. B. Informationen über die in einem bestimmten Jahr in die weiterführenden Schulen aufgenommenen Volksschüler nach dem Anteil derjenigen, welche bereits vor der mittleren Reife oder vor dem Abitur das Schulsystem verlassen. Nur auf diese Weise kann für Untersuchungen über die Effizienz des Schulsystems und bildungspolitischer Maßnahmen geprüft werden, ob die Bemühungen um einen stärkeren Besuch weiterführender Schulen auch zu einer entsprechend größeren Zahl von Schulabgängern mit mittlerer Reife oder mit Abitur führen oder ob sich solche Bemühungen möglicherweise wegen vorzeitigen Abgangs der Schüler als Fehlschlag erweisen.

Wenn auch die Analogie einiger bevölkerungs- sowie bildungsstatistischer Probleme evident ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß infolge der viel differenzierteren Merkmalsgliederung (Schulgattungen, Schultypen, Schulzweige, Geburts- und Schuljahrgängen, Klassen, Leistungsstufen u.a.m.) die Bildungs-

statistik sich von ungleich komplizierten Problemen konfrontiert sieht, die mit den relativ einfacheren bevölkerungsstatistischen Verfahren nicht zu bewältigen sind.

Bereits in den ersten Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über die Hochschulverlaufsstatistik¹⁾ wurde auf die Grundvorstellung dieses Konzepts hingewiesen, wonach das gesamte Bildungswesen in einem dynamischen Modell ein interdependentes System darstellt, in dem die verschiedenen Variablen zueinander in funktionaler Abhängigkeit stehen und auf exogene Einflüsse reagieren. Es wurde dieses System als eine Methode bezeichnet, die es durch analoge Anwendung einfacher Input-/Output-Matrizen ermögliche, Verlaufsströme individueller Bildungsschicksale sichtbar zu machen und mit der auf diese Weise hervortretenden Datenkonstellation auch die wechselnden Übergangsquoten zwischen den einzelnen Schularten mit größter Genauigkeit kontinuierlich darzustellen. Damit könnten auf der Grundlage von ex-post-Strömen fortlaufend ex-ante-Ströme korrigiert bzw. projiziert werden. Doch damit nicht genug: Die Einführung eines geschlossenen verlaufsstatistischen Systems im Bereich der Bildungs- und Ausbildung stellt eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für eine wirkungsvolle statistische Beurteilung der Effizienz unseres Bildungssystems gemessen an den individuellen Leistungserfolgen im Berufsleben, sondern auch für die Ergänzung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen durch ein System demographischer Gesamtrechnungen (social accounting) dar.

Die Anwendung von Input-/Output-Matrizen zur Beschreibung der Dynamik der quantitativen Aspekte des Bildungswesens als eines Systems von Prozessen hat erstmals Moser²⁾ von der London School of Economics praktiziert; den Versuch der Aufstellung von demographischen Gesamtrechnungen hat u.a. Richard Stone³⁾ unternommen.

1) Kullmer, Die Hochschulstatistik ... a.a.O., S. 17 ff.-

2) Moser & Layard, Planning the Scale ... a.a.O., sowie Moser & Redfern, Education ... a.a.O.-

3) Stone, Input-Output and Demographic Accounting, Minerva IV, 3 (Spring 1966).

Anl. 11

Ein Beispiel für die Anwendung einer Übergangsquoten-Matrize ist in der Anlage 11 dargestellt.

- (5) Das Gesagte soll nicht bedeuten, daß aus der z. Z. geführten Schulstatistik für solche Zwecke überhaupt keine Unterlagen zur Verfügung stehen. Diese Unterlagen haben aber erhebliche Mängel.

Es fehlt vor allem der Nachweis der Schülerbewegung (Zugänge, Übergänge und Abgänge) nach Geburtsjahren. Ferner ist aus den Unterlagen über die Übergänge von einer Schule und Schulart in die andere zwar ersichtlich, zu welchem Schuljahrgang (zur wievielten Klasse) die Schüler bisher gehörten, nicht aber auch ihr Schuljahrgang (ihre Klassenstufe) in der neuen Schule bzw. Schulart.

Das gegenwärtige System gibt auch keine Gewähr dafür, daß den Übergängen in eine andere Schule bzw. Schulart, welche die abgebende Schule meldet, bei der aufnehmenden Schule entsprechende Zugangszahlen gegenüberstehen. Andererseits können als Abgänge in den Beruf gemeldete Schüler in einer anderen Schule wieder als Zugänge auftauchen.

Schließlich ist nichts darüber bekannt, wieviele "Sitzenbleiber" in derselben Schule bleiben, die Schule bzw. Schulart wechseln oder aus dem Schulsystem ganz ausscheiden.

Eine Ausweitung der z. Z. verwendeten Fragebogen in Richtung einer kontinuierlichen Erfassung der Schülerbewegung nach Geburtsjahrgängen und in Kombination von Geburts- und Schülerjahrgängen wäre theoretisch zwar möglich, würde für die Schulen aber eine unzumutbare Mehrbelastung darstellen. Die weiteren Mängel lassen sich mit dem gegenwärtigen Verfahren überhaupt nicht beheben, weil die Schule, der ein Schüler bisher angehörte, über das weitere Schicksal der bei ihr ausgeschiedenen Schüler nichts genaues wissen kann.

Die Beantwortung der unter^{4e}) angeschnittenen "verlaufsstatistischen Fragen", welche die Beobachtung der Schüler bestimmter Geburtsjahrgänge oder Einschulungsjahrgänge über längere Zeiträume zur Voraussetzung hat, ist mit der traditionellen Schulstatistik ebenfalls nicht möglich. Die Schulen können nur über den "Zustand" an einem bestimmten Stichtag und über die "Vorgänge" von einem

auf das andere Schuljahr berichten. Eine Berichterstattung über relevante frühere Vorgänge würde Rückbefragungen der Schüler oder eine Durchforschung aller Schulakten eines Schülers voraussetzen. Auch wenn man von dem damit verbundenen erheblichen Arbeitsaufwand bei den Schulen absieht, wäre das nur mittels individualstatistischer Erhebungen bei jedem Schüler möglich.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß aus Bestandsstatistiken lediglich Salden (Nettowerte) ermittelt werden können, in denen sich eine Vielfalt von Bewegungsvorgängen verbergen. Gerade die Analyse der Zusammensetzung dieser Bewegungsvorgänge ist für die Bildungsplanung unabdingbar¹⁾. Diese Behauptung sei an einigen relativ einfachen Beispielen²⁾ veranschaulicht:

Gesetzt den Fall, die Bestandsstatistik erhebt u.a. die folgenden Daten:

Geschlecht, Geburtsjahr, Wohnort, Beruf des Vaters, Geschwisterzahl, Jahr der ersten Einschulung, Klasse, Schulform. Daraus läßt sich dann z. B. im Jahre 1968 die folgende Gruppe bilden: Schüler des Geburtsjahrgangs 1961 in der 1. Klasse der Grundschule aus ländlichen Gemeinden, deren Väter, Bauern oder/mehr Geschwister haben. In den entsprechenden Zeitabständen ließe sich dann feststellen, wie stark die Zahl der Schüler mit den entsprechenden statistischen Kriterien ist, z. B. 1972 in der Sexta des Gymnasiums, 1981 im Abitur. Aus diesen Daten läßt sich jedoch - wie unschwer einzusehen ist - lediglich ein Saldo ermitteln. Die Zusammensetzung bzw. Entstehung dieses Saldos bleibt unbekannt. Auch das soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: die zahlenmäßige Stärke der oben definierten Gruppen auf den drei Etappen (Einschulung, Sexta, Abitur) verhält sich wie 100:20:10, aber keiner dieser zehn Abiturienten ist mit einem der ursprünglichen 100 oder der 20 Sextaner identisch, sondern es handelt sich um Übergänge aus der Realschule, um Arbeiterkinder, deren Eltern von der Stadt aufs Land gezogen sind, um Schüler, die erst nach dem 5. Schuljahr übergetreten sind, dann aber

1) Vergl. u.a. OECD, Methods and Statistical Needs for Educational Planning, Paris 1967 -

2) Wir verdanken diese Beispiele den Überlegungen von Herrn Dr. Roeloffs, Leiter der Gruppe Bildungsplanung des Kultusministeriums Nordrhein-Westfalen.

eine Klasse übersprungen haben¹⁾, usw. Einige dieser Unsicherheitsfaktoren ließen sich durch die Vermehrung der Bestandsdaten beseitigen, aber ebenso läßt sich eine Fülle weiterer Fragestellungen denken, die sozial- und bildungspolitisch relevant sind und nur dann beantwortet werden können, wenn die Statistik Identität über Zeit und damit "Strömungsverläufe" erkennen läßt. Dafür ein weiteres Beispiel: Die Bst.^{*)} der Studierenden an Höheren Fachschulen mag neben den biographischen Grunddaten das Einschulungsjahr, den erreichten Abschluß im allgemeinbildenden Schulwesen und die zuletzt besuchte Schule (z. B. Realschule oder Fachschule) aufweisen. Wollte man die Leistung dieser Gruppen (z. B.: Realschüler, Gymnasiasten - Fachschüler) vergleichen, wäre schon eine Sonderarbeit nötig, um die Relation zur Prüfungsstatistik herzustellen. Selbst dann bliebe aber auf der Basis der Bst. das Ergebnis fragwürdig, da sie nichts darüber aussagt, welche Wechsel und Klassenwiederholungen innerhalb des allgemeinbildenden Schulwesens auf welchen Stufen stattfanden. Erst daraus ließe sich aber z. B. klar erkennen, für welche Gruppe "abbrechender" Gymnasiasten der Weg zur Hochschulreife über die Ingenieurschule typisch ist. Diese Aussagen gibt die Vst.^{*)} Umgekehrt erlaubt sie - und das ist u. U. für die Bildungsforschung noch wichtiger - die weiteren Bildungswege z. B. aller "Abbrecher" aus der Mittelstufe des Gymnasiums in allen Verästelungen zu verfolgen. Je stärker sich das Schulwesen von vertikaler zu horizontaler Struktur entwickelt, desto wichtiger wird die Möglichkeit, solche Strömungsverläufe zu erkennen. In diesem Zusammenhang ist die geplante Strukturreform (Fachoberschule, Fachhochschule) von Gewicht.

Abschließend eine vergleichende Illustration aus dem nichtschulischen Bereich: Die Ergebnisse der politischen Wahlen liefern in bestimmten zeitlichen Abständen eine Art Bst. Nach jeder Wahl bemühen sich die Kommentatoren, die Verschiebungen zu analysieren: Ist der Gewinn von 5 % der Partei A gegenüber der Partei B der Saldo eines Austausches oder das Ergebnis einer einseitigen „Wanderung“? Sind die 15 %, die Partei B verlor, identisch mit jenen, die sie vor 4 Jahren - vermutlich von rechts - gewann, oder sind

1) Vgl. u. a. Kullmer, Die soziale Herkunft der Gymnasiasten im 10. u. 13. Schuljahrgang, Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1967

*) Bst. = Bestandsstatistik, Vst. = Verlaufsstatistik

es enttäuschte Protestwähler? Wie hat sich die Wählerschaft der Partei C, die vor 13 Jahren verboten wurde, in den drei seitherigen Wahlen verhalten? Wie stark ist die Gruppe der Stammwähler, wie ihre Zusammensetzung usw.? Ein statistisches Verfahren mit Personalidentifikation verbietet sich hier natürlich, aber die Fragestellung entspricht etwa der im Bildungswesen und dort gelten die Argumente gegen ein solches Verfahren nicht. Die Vst. erlaubt also, allgemein gesagt, die Strömungsverläufe von Individuen und Gruppen von der Einschulung bis zum Austritt zu verfolgen, bei Verbindung mit der Hochschulstatistik also über etwa 20 Jahre. Als Gesamtbild zu einem bestimmten Stichtag gesehen gibt sie nicht nur, wie die Bst., Gruppengrößen an bestimmten Stellen, sondern die strömungsmäßige Zusammensetzung dieser Gruppengrößen, d. h. eine vollständige Übergangsmatrix und ihre Abhängigkeit von den jeweiligen Strömungsverläufen.

Die Vst. läßt sich ebenso ergänzen wie, im Prinzip, die Bst. Diese Ergänzungen lassen sich aber zuverlässiger durchführen und sind im Ergebnis fruchtbarer bei der Vst. Dafür wieder ein Beispiel:

Gesetzt den Fall, in die Statistik wurden die folgenden Leistungsdaten aufgenommen: Schulleistung 4. Schuljahr (Durchschnitt als eine Zahl); Intelligenzquotient 4. Schuljahr; einheitlicher Leistungstest 12. Schuljahr; Prüfungsnote bei Studienabschluß. Bei der Vst. genügt die jeweils einmalige Erhebung, um nach einem entsprechenden Zeitablauf genau die typischen Korrelationen zwischen diesen Daten feststellen zu können und sie in Beziehung zum Bildungsweg zu setzen. Bei einer Bst. wäre das nur dann möglich, wenn am Schluß auch die um viele Jahre zurückliegenden Daten mit erfragt würden. Die Angaben wären jedoch mit Sicherheit unzuverlässig und unvollständig. Die Bezugsetzung zu anderen Daten des individuellen Bildungsweges (Wechsel, Wiederholungen) wäre wiederum nur möglich, wenn diese auch rückerhoben würden - d. h. wenn man praktisch eine "nachträgliche Vst." erstellte, wie es in der Tat in Sondererhebungen für Forschungs- und Planungszwecke oft geschieht.

- (6) Derzeit sind bei Aufnahmen von Schülern in die Schulen ausführliche Fragebogen auszufüllen oder die Angaben werden - dies dürfte bei der Anmeldung zur Volksschule das häufigste Verfahren sein - durch Lehrer in Listen oder Bücher übertragen. Von hier aus erfolgt dann die weitere Verwendung der Angaben durch Übertragung in Klassenbücher, Karteikarten, Anstaltsbogen usw. Dieses wohl seit mehr als 100 Jahren praktizierte Verfahren ist nicht nur umständlich, sondern absorbiert auch erheblichen Verwaltungsaufwand, der überwiegend von qualifizierten Lehrern erbracht werden muß. Sie werden insoweit von ihrer eigentlichen Aufgabe abgehalten. Da diese sich auf einen Datenkranz beziehen, der im wesentlichen unter gleichbleibenden Merkmalen alljährlich neu erfragt wird, multipliziert sich ein eigentlich unnötiger Aufwand im Laufe der Jahre. Es sollte daher versucht werden, dieses veraltete und unrationelle Verfahren durch ein modernes, technische Einrichtungen und den technischen Fortschritt berücksichtigendes Erhebungsverfahren abzulösen.

Alles das spricht dafür, bei der Aufnahme von Schülern, beim Abgang von Schülern in andere Schulen oder in den Beruf und bei Veränderungen der Art des dem Schüler zuteil werdenden Unterrichts an die Stelle von Eintragungen in Listen oder Büchern Strichmarkierungsbogen treten zu lassen (Anlage 12). Dieser Bogen wäre elektronisch zu bearbeiten und mit seinen Daten auf Magnetbändern zu speichern. Für die Auswertung der gespeicherten Daten wäre ein Standardtabellenprogramm zu entwickeln, das sowohl den Belangen der Schulverwaltungen (gegebenenfalls elektronisch gesteuertes Ausschreiben von Listen oder Karteikarten) als auch der Statistik Rechnung trägt.

Die einheitliche Programmierung eines solchen Standardtabellenprogramms würde nicht nur die Vergleichbarkeit der Daten innerhalb der Länder fördern, sondern auch insofern zu einer weiteren Rationalisierung führen, als die aufwendigen Programmierarbeiten unter den Ländern aufgeteilt werden könnten. Von Zeit zu Zeit auftretende Sonderwünsche wären durch Zusatzprogramme zu erfüllen.

Allerdings müßte noch geprüft werden, ob durch das Strichmarkierungsverfahren die im Rahmen der Schulverwaltung bisher verwendeten Verfahren tatsächlich ersetzt werden können. Es sollte auf alle Fälle nur ein solches Verfahren eingeführt werden, das sowohl für Zwecke der Statistik als auch für Zwecke

Anl. 12

der Schulverwaltung eine Arbeitersparnis bedeutet.

Um die Daten der einzelnen Schüler laufend ergänzen und verlaufsstatistisch verwenden zu können, wäre es jedoch erforderlich, den Schülern ein Identifikationsmerkmal (Ordnungsnummer) zu geben. Hierzu bietet sich - da ein bundeseinheitliches Personenkennzeichen noch nicht existiert - das in der Hochschulstatistik angewandte Verfahren an, obwohl es wegen des 15stelligen Schlüssels angesichts der sehr hohen Schülerzahlen in der Praxis recht zeitraubend ist. Der Kostenersparnis würde es dienen, wenn dieses Kennzeichen im Schülerausweis festgehalten werden könnte. Sofern ein solcher Ausweis vorhanden ist, wäre nur eine einmalige Verschlüsselung erforderlich. (Auch die Beauftragten für Statistik der Westdeutschen Rektorenkonferenz haben dem Plenum der Rektorenkonferenz vorgeschlagen, das Identifikationsmerkmal in den Studiausweis zu übernehmen. Bei Einführung eines bundeseinheitlichen Personenkennzeichens könnte dies an die Stelle des vorläufigen Personenkennzeichens treten.)

Nach dem eben geschilderten Verfahren würden bei den Statistischen Landesämtern für alle Schüler im Bereich ihres Landes Datenbanken entstehen, in denen sukzessive alle relevanten Daten gesammelt werden. Zwischen den einzelnen Landesämtern müßten dann aber noch Vereinbarungen für die Fälle getroffen werden, in denen Schüler, z. B. durch Umzug der Eltern, ihre Schule über die Landesgrenzen wechseln. Die bisher gesammelten Daten wären an das aufnehmende Land abzugeben. Dieser Vorschlag stellt nichts anderes als die gedankliche Fortentwicklung des Beschlusses der Kultusministerkonferenz auf deren 106. Plenarsitzung vom 4. Februar 1965 dar, der die Statistischen Landesämter auffordert, "von den modernen Methoden der automatischen Verarbeitung individueller Daten ... weitgehend Gebrauch zu machen". Der Vorschlag hält sich zudem an die Konzeption, die in dem im Auftrag der Konferenz Europäischer Kultusminister erstellten - und von dieser auf der Wiener Konferenz vom 20. bis 25. November 1967 genehmigten - Handbuch für Bildungsstatistik enthalten ist und in einigen Ländern bereits verwirklicht wurde. Einzelheiten dieses neuen Verfahrens wären durch eine Studiengruppe zu erarbeiten, in der sowohl die Statistischen Ämter als auch die Kultusministerien und Schulpraktiker vertreten sein müßten. Überlegungen zu den Kosten enthält Abschnitt V.

3. Befragung von Personen und Institutionen außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs

In Abschnitt III. ist als eine der vordringlichen Aufgaben für einen umfassenden Ausbau der Bildungsstatistiken die Durchleuchtung der Aus- und Fortbildung außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs herausgestellt worden. Es wurde bereits erwähnt, daß für diesen neuen Sektor zunächst einmal der konkrete Bedarf an Informationsmaterial festzustellen wäre. Zugleich sollte eine Bestandsaufnahme aller wichtigen Teile der Aus- und Fortbildung, soweit sie außerhalb des Schul- und Hochschulbereichs vor sich geht, vorgenommen werden. Dabei könnte zurückgegriffen werden auf Material, das bereits bei der Arbeitsverwaltung, bei Volkshochschulen, Gewerkschaften, Industrie- und Handwerksverbänden sowie bei sonstigen Institutionen vorliegt. Als Ergebnis dieser Feststellungen, die möglichst bald in Angriff genommen werden sollten, wäre in Zusammenarbeit mit allen hieran interessierten Stellen ein Frage- und Veröffentlichungsprogramm zu erarbeiten. Hieraus würde sich dann ein System von Befragungen entwickeln lassen, das sich an alle mit dem Problem beschäftigten Stellen wendet. Im Mittelpunkt dürfte zweifelsfrei eine Umfrage bei denjenigen Betrieben stehen, die sich mit Aus- und Weiterbildungsfragen beschäftigen.

Das Entwickeln eines konkreten Arbeitsprogramms sollte einer besonderen Arbeitsgruppe übertragen werden, die den Auftrag erhalten könnte, den Entwurf eines Programms etwa Mitte 1969 vorzulegen. Dieser wäre dann in der zweiten Jahreshälfte mit allen beteiligten Stellen ausführlich zu diskutieren und selbstverständlich nicht zuletzt auch auf seine arbeitsmäßigen und finanziellen Konsequenzen zu überprüfen. Zweckmäßig wäre sicher auch die Einleitung von Vorarbeiten, Kontakten und Probeerhebungen in einem Land. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg wäre bereit, diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit der erwähnten Arbeitsgruppe zu übernehmen.

V. Überlegungen zu den Kosten der verlaufsstatistischen Vorschläge

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Es muß vorausgeschickt werden, daß exakte Kosten des unter IV/2 erörterten Verfahrens selbstverständlich erst kalkuliert werden können, wenn über alle Einzelheiten des Erhebungsumfanges entschieden und vor allem geklärt ist, in welchem Umfang Verwaltungsaufgaben mit Hilfe dieses Verfahrens übernommen werden können.

Zur Zeit kann nur an Hand von Berechnungen unter bestimmten Annahmen versucht werden, modellartig einen ersten Einblick in die zu Grunde liegenden finanziellen Größenordnungen zu gewinnen.

2. Einmalige Kosten

Bei den Überlegungen zu den Kosten des erörterten Verfahrens ist davon auszugehen, daß sich in den Bildungseinrichtungen des Bundesgebietes z.Z. rd. 10 Mill. Schüler und Studenten (einschl. Teilzeitschulen) befinden. Legt man weiterhin zu Grunde, daß nach den bisherigen Erfahrungen des Statistischen Bundesamtes für die Kosten pro Erhebungsfall im Strichmarkierungsverfahren bei Einsatz von Lesegeräten einschl. der Tabellierungskosten maximal¹⁾ DM 0,40 entstehen, dann müßte bei einer sofortigen und totalen verlaufsstatistischen Organisation des gesamten Bildungssystems der Länder in der Bundesrepublik mit einmaligen Kosten in Höhe von DM 4 Mill. gerechnet werden. Hierbei handelt es sich wie gesagt um einmalige Initialkosten, die in den folgenden Jahren - wie unten aufgezeigt - bei weitem nicht mehr erreicht werden, da in der Folgezeit der gespeicherte Bestand lediglich um die Veränderungsfälle korrigiert werden müßte.

Würde der Betrag von 4 Mill. anteilig auf die beteiligten Länder und den Bund analog der Schülerzahlen aufgeteilt werden (wobei unterstellt wird, daß der Bund ein Zehntel der Kosten übernehmen würde), dann ergäbe sich folgende Anfangskosten-Verteilung:

1) Die bisherigen Durchschnittskosten variierten zwischen DM 0,35 und DM 0,40. Es kann erwartet werden, daß im Laufe der Zeit die Minimalkosten erreicht, wenn nicht gar unterschritten werden.

<u>Land</u>	<u>in DM 1 000</u>
Schleswig-Holstein	144,0
Hamburg	97,2
Niedersachsen	446,4
Bremen	43,2
Nordrhein-Westfalen	1 015,2
Hessen	302,4
Rheinland-Pfalz	234,0
Baden-Württemberg	514,8
Bayern	626,4
Saarland	79,2
Berlin (West)	97,2
Bund	400,0

Die Entscheidung über die faktische Kostenverteilung bliebe selbstverständlich den hierfür zuständigen Gremien vorbehalten.

3. Laufende Kosten

Mit der Einführung des Systems müßte ein "Veränderungsdienst" anlaufen, der, legt man die Zahl der Ereignisse zugrunde, die nach dem gegenwärtigen Stand berücksichtigt werden müßten, schätzungsweise rund 2,3 Mill. Fälle umfassen würde.

Diese Veränderungen setzen sich nach den Zahlen für 1966 zusammen aus:

a) Zugänge in das Schulsystem	
aa) Volksschulen	972 000
ab) berufsbildende Vollzeitschulen	189 000
b) Übergänge	360 000
(aus Volksschulen auf Sonder-, Realschulen, Gymnasien und sonstige Schulen)	
c) Wechsel	504 000
(aus Volksschulen auf Volksschulen, aus Realschulen auf Realschulen etc.)	
d) Wiederholer	270 000
	<hr/>
zusammen	2 295 000

(Berufsschulen blieben hier unberücksichtigt).

Zu bemerken ist noch, daß die normalen Abgänge nach Erreichen des jeweiligen Bildungszieles (ca. 840 000 Fälle, davon 480 000 aus Volksschulen) nicht zu berücksichtigen sind, da hier eine maschinelle Aussteuerung vorgenommen werden kann. Ansonsten sind in der nachfolgenden Kostenschätzung für die unter b), c) und d) aufgeführten Veränderungsfälle der Einfachheit halber die Kostensätze der Grunderhebung (DM 0,40) angenommen. Tatsächlich müßten diese Kostensätze deshalb geringer sein, weil die Grunddaten bereits gespeichert sind und nur die Korrekturdaten erfragt und verarbeitet werden.

Aus diesen rd. 2,3 Mill. Fällen errechnet sich ein Betrag von ca. DM 920 000,--. Würde dieser Betrag anteilig auf die beteiligten Länder und den Bund analog dem oben genannten Schlüssel aufgeteilt, ergäben sich die nachfolgenden laufenden Kosten:

<u>Land</u>	<u>in DM 1 000</u>
Schleswig-Holstein	33,3
Hamburg	22,3
Niedersachsen	103,0
Bremen	10,2
Nordrhein-Westfalen	233,1
Hessen	69,3
Rheinland-Pfalz	54,1
Baden-Württemberg	118,0
Bayern	144,0
Saarland	18,5
Berlin (West)	22,2
Bund	92,0

4. Kosten alternativer Lösungen

- a) Anstelle der Bestandsaufnahme aller 10 Mill. Schüler und Studierenden in einem Schritt könnte ein stufenweises Vorgehen ins Auge gefaßt werden. Dazu gäbe es vor allem zwei Möglichkeiten:

Man beginnt 1970 mit der Bestandsaufnahme der Volksschüler und berücksichtigt Veränderungen jeweils nur bei den Schülern, die 1970 oder später in die Volksschule aufgenommen wurden. Auf diese Weise dauert es allerdings 13 Jahre, bis alle 13 Schuljahrgänge

in die Datenbank aufgenommen worden sind. Die Anlaufkosten reduzierten sich hier zunächst auf die Hälfte der laufenden Erhebungskosten, nämlich auf DM 400 000 (ca. 1 Mill. Fälle à DM 0.40). Diese Kosten erhöhen sich allmählich solange, bis nach einem Zeitraum von 13 Jahren - ceteris paribus - der Betrag der laufenden Kosten in vollem Umfang erreicht ist.

Man sieht für die Bestandserfassung ein stufenweises Vorgehen vor, das bei der Aufnahme von Schulanfängern in die 1. Klasse der Volksschule, bei den Übergängen von der 4. auf die 5., von der 6. auf die 7. und von der 10. auf die 11. Klasse sowie beim 13. Schuljahrgang ansetzt. Dann wären bereits nach vier Jahren alle Schüler erfaßt, und die Kosten für die Bestandsaufnahme würden sich entsprechend ermäßigen. Für die sofortige Erfassung der Schüler des 13. Schuljahrgangs spricht, daß man im Zusammenhang mit der Integrierung in die Hochschulverlaufsstatistik sehr bald Angaben über den Verbleib der Abiturienten bekommen würde.

- b) Als weitere Alternative bietet sich die Möglichkeit an, die Erhebungstechnik mittels Strichmarkierungsbogen mit den herkömmlichen schulstatistischen Erhebungen dergestalt zu kombinieren, daß bei Schülererhebungen - die wie bisher durchgeführt würden - lediglich der Bereich "Schülerbewegung" ausgeklammert und mit Strichmarkierungsbogen individualstatistisch bearbeitet wird. Die Vor- und Nachteile dieser Kombination sollen hier nicht erörtert werden. Zu den Kosten ist zu sagen, daß diese - bei erheblichem Informationsverlust - sich gleichfalls auf die Hälfte der laufenden Erhebungskosten - DM 400 000 - reduzieren (auf 1 Mill. Fälle à DM 0,40).

Die Schulverwaltungen werden durch die erste Alternative erst nach 13 Jahren, durch die zweite praktisch überhaupt nicht entlastet.

5. Abschließende Bemerkungen zu den Kostenschätzungen

Abschließend ist noch einmal zu unterstreichen, daß - solange nicht Einzelheiten des Umfangs und der Art des Verfahrens geklärt sind - keine exakten Kosten kalkuliert werden können. Im gegenwärtigen Zeitpunkt konnten nur die zugrundeliegenden Größenordnungen geschätzt werden. Die Kosten des Verfahrens bewegen sich innerhalb einer Bandbreite, die nach unten durch eine halbe Million, nach oben durch 4 Mill. DM begrenzt ist.

Eine halbe Million DM würden benötigt, wenn man die Vorschläge gemäß Ziffer 4a (allmähliche Einführung innerhalb eines Zeitraums von 13 Jahren) sowie Ziffer 4b (Kombinationsvorschlag) verwirklicht. Einmalige Kosten in Höhe von vier Millionen DM entstünden, wenn man eine totale Verlaufsstatistik für alle Stufen gleichzeitig beginnt. Knapp eine Million DM beanspruchte der jährliche Veränderungsdienst einer totalen Verlaufsstatistik.

Gerechterweise müßten bei der Beurteilung dieser Kosten auch die Haushaltsansätze der bisherigen Bildungsstatistiken berücksichtigt werden.

VI. Methodisch andere verlaufsstatistische Lösungen

1. Stichprobe auf Grund einer Buchstabenauswahl

Bereits im Zusammenhang mit der Erörterung von Mikrozensusserhebungen im Bereich des Bildungswesens wurde die spezifische Problematik von Stichproben gestreift. Es wurde ganz allgemein darauf hingewiesen, daß der Vorteil einer Stichprobe in der Reduzierung der Masse der zu bearbeitenden Belege und damit in einer erheblichen Kostenersparnis besteht, die allerdings dann teilweise wieder aufgehoben wird, wenn es um die kontinuierliche Erfassung von Strömungsgrößen geht. Methodisch wäre darüber hinaus auch das Problem zu lösen, wie geographisch eine sinnvolle Auswahl von Namensanfängen vorzunehmen wäre, da die Häufigkeit des Vorkommens bestimmter Familiennamen regional unterschiedlich ist. Dieses Problem könnte allerdings durch Modifizierung der Auswahlmethoden gelöst werden. Als weiterer Nachteil dieses Verfahrens muß die Tatsache gesehen werden, daß die Ergebnisse einer solchen Stichprobe sich nur sehr begrenzt, in manchen Fällen überhaupt nicht, in die nach anderen Verfahren gewonnenen Statistiken einpassen lassen. Ferner ist es infolge des Stichprobenfehlers unmöglich, die Ergebnisse regional für Schulverwaltungszwecke zu verwenden.

2. Rückbefragung an bestimmten Übergängen oder beim Verlassen des Schulsystems

Der Vorteil dieses Verfahrens läge ebenfalls bei der Reduzierung des Materials und damit der Arbeits- und Kosteneinsparung. Wenn auch infolge des geringeren Umfangs die Ergebnisse relativ rasch geliefert werden könnten, so steht dem als Nachteil entgegen, daß diese Ergebnisse nicht mehr sehr aktuell wären und für Zeitreihenanalysen und Projektionen nicht zuverlässig genug sind. Wie bei allen Rückbefragungen werden die Ergebnisse durch Erinnerungsfehler beeinflusst. Ein weiterer Nachteil ist, daß mit diesem Material nur in sehr beschränktem Umfang Unterlagen für die Schulverwaltung anfallen würden. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten dürfte (oder zumindest nur unter unverhältnismäßig hohen Kosten) eine Rückbefragung faktisch nicht in jenen Fällen zu verwirklichen sein, in denen die Schüler das Schulsystem verlassen haben.

Der schwerwiegendste Nachteil dieser beiden Lösungsvorschläge besteht darin, daß eines der Hauptziele der Umstellung auf Verlaufsstatistik - nämlich die Schulverwaltungen weitgehend zu entlasten und aus dem Material der Befragung einen großen Teil ihrer Verwaltungsunterlagen zu gewinnen - nicht erreicht werden kann.

VII. Abschließende Beurteilung der Vorschläge unter V. und VI.

Wägt man die Vor- und Nachteile der totalen Verlaufsstatistik auf der einen Seite, der methodisch unterschiedlichen Lösungen auf der anderen Seite gegeneinander ab, so zeigt sich, daß die Alternativen zwar zu gewissen Kostenersparnissen führen können, daß demgegenüber jedoch nicht der Verlust an Informationsumfang und an Informationszuverlässigkeit aufgewogen wird. Angesichts der Notwendigkeit, für Zwecke der Bildungsplanung kontinuierlich über aktuellste Daten zu verfügen und der weiteren Forderung auch der Schulverwaltung laufend Daten zur Verfügung zu stellen, erwachsen zusätzliche Bedingungen, die an ein modernes bildungsstatistisches Erhebungssystem zu stellen sind.

Diesen Zwecken scheint auch bei kritischer Prüfung der Kosten- und Arbeitsbelastung nur die Einführung einer totalen Verlaufsstatistik gerecht zu werden. Bei einer endgültigen Entscheidung sind schließlich auch künftige technische Organisationsformen (Datenbanken) sowie Weiterentwicklungen zu berücksichtigen, die bei Wahl einer totalen Verlaufsstatistik schließlich zu einer Senkung der heute zu kalkulierenden Kosten führen können.

Staatspolitische Maßnahmen weisen auch der Bildungsstatistik neue und umfassende Aufgaben zu. Bestandsdaten aus dem kulturpolitischen Bereich bedürfen der Ergänzung durch S t r ö m u n g s g r ö ß e n . Nur so können wirklichkeitsnahe Vorstellungen über künftige Entwicklungen gewonnen werden. Dies setzt voraus, daß die amtliche Statistik sich n e u e r e r V e r f a h r e n bedient, zumindest aber vorausblickend solche in ihre Überlegungen und Planungen einbezieht, um den künftigen Bedarf an Informationen rechtzeitig und ausreichend decken zu können. Die amtliche Statistik kann der Frage nicht ausweichen, wie sie sich verhalten soll, wenn - was nicht zu bestreiten ist - die Entwicklung auf die Errichtung von D a t e n b a n k e n hinsteuert. Dabei muß gesehen werden, daß diese Datenbanken, abgesehen von der allgemeinen Information, eine doppelte Aufgabe zu erfüllen hätten:

Lieferung des für die B i l d u n g s p o l i t i k u n d B i l -
d u n g s p l a n u n g benötigten statistischen Materials und

Befriedigung der B e d ü r f n i s s e der S c h u l v e r w a l -
t u n g e n .

VIII. Schlußbemerkung

Die vorliegende Ausarbeitung hat aufzuzeigen versucht, welcher Stand der Schul- und Hochschulstatistiken bisher erreicht worden ist, welcher Bedarf an bildungsstatistischem Material sich für die Zukunft abzeichnet und welche Vorschläge sich hieraus für die konkrete Weiterentwicklung des Bereichs der Bildungsstatistiken ergeben. Damit sollte eine Unterlage für die Diskussion über die Fortentwicklung des besonders wichtigen Bereichs der Bildungsstatistik gegeben werden. Diesem Zweck entsprechend, ist auf das Eingehen auf sachliche oder technisch-methodische Einzelheiten verzichtet worden. Das Ziel der Diskussion sollte sein, nicht ein konkretes Arbeitsprogramm zu vereinbaren, sondern die Schwerpunkte zu bestimmen und die Richtlinien anzugeben, auf die in den nächsten Jahren die Weiterentwicklung des bildungsstatistischen Programms abgestellt werden sollen. Es sollte das Ziel der amtlichen Bildungsstatistik sein, sich in ihrem sachlichen Programm ebenso wie in ihrer Technik und Methodik so zu entwickeln, daß sie die Aufgaben und Anforderungen erfüllen kann, die in den nächsten Jahren an sie mit einiger Sicherheit gestellt werden.

Verzeichnis der Anlagen

Anlage:

- 1 Schreiben der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland - Der Präsident - vom 3. Mai 1950
- 2 Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19./20. September 1963 (Kasseler Beschluß)
- 3 Erklärung der Kultusministerkonferenz zu Fragen der Bildungsplanung, insbesondere zur Erneuerung des Düsseldorfer Abkommens vom 25./26. Juni 1964
- 4 Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 4. Februar 1965
- 5 Arbeitsprogramm der Statistiken des Bildungswesens
- 6 Rahmenentwurf - Fragebogen für Schüler des 10. und 13. Schuljahrgangs an Gymnasien - Stand: 15. Mai 1965
- 7 Rahmenentwurf - Erhebungsbogen für Lehrer an Realschulen und Gymnasien
- 8 Rahmenentwurf - Erhebungsbogen für Lehrer an berufsbildenden Schulen
- 9 Rahmenentwurf - Erhebungsbogen für Lehrpersonen und Hilfskräfte an Ingenieurschulen
- 10 Rahmenentwurf - Hochschullehrererhebung 1966 -
 - A. Statistischer Fragebogen für Lehrstuhlinhaber und Emeriti
 - B. Statistischer Fragebogen für Nichtordinarien und sonstiges wissenschaftliches Personal
- 11 Verwendung der Input-Output-Matrizen im Bildungswesen
- 12 Entwurf - Statistischer Meldebogen für Schüler (Strichmarkierungsbogen)

Ständige Konferenz
der Kultusminister der Länder
in der Bundesrepublik Deutschland

München, 3.5.50

Der Präsident
Nr. 1055

An das
Statistische Amt des
Vereinigten Wirtschaftsgebietes
in Wiesbaden-Biebrich
Rheinstrasse 25

Betr.: Schulstatistische Erhebungen

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister vom 4.IV.50 Nr.817 über die Tagung des Arbeitskreises für Fragen der Schulfinanzierung (Schulfinanzausschuss) in Unkel am 23. und 24.3.1950, an der Ihre Sachbearbeiter teilgenommen haben, teile ich Ihnen mit:

Die Ständige Konferenz der Kultusminister billigt die Ergebnisse der Arbeitstagung in Unkel und bittet das Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Wiesbaden auf der Grundlage dieser Ergebnisse mit dem Arbeitsausschuss und mit dem Gesamtausschuss weiterzuarbeiten, die Erhebungen in der vereinbarten Weise durchzuführen und dem Arbeitsausschuss das erforderliche Material zu übermitteln. Da die Sicherstellung einer gleichmässigen Erhebung in allen Ländern für den Erfolg der Arbeit entscheidend ist, bitte ich, neben den Ämtern für Landesplanung und Statistik der einzelnen westdeutschen Länder koordinierend mitzuwirken.

Ich mache jedoch darauf aufmerksam, dass es sich bei den Erhebungen über Schulwesen und Schulfinanzierung nicht um die Durchführung einer Statistik für Bundeszwecke handelt, sondern dass die Erhebungen auf der Länderebene durchgeführt werden.

(Dr.Dr. Hundhammer)

Anlage I

z. NS üb. d. 97. KMK

v. 19./20.9.1963

Erweiterung des Programms der Kulturstatistik- Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 19./20.9.1963 -*(Kanzler Beschl.)*

Die Kultusministerkonferenz hält die folgenden im Erhebungsprogramm 1965 vorgesehenen und im Schul- und Hochschulausschuß sowie mit dem Vertreter der Leiter der Statistischen Landesämter und dem Statistischen Bundesamt bereits eingehend erörterten statistischen Erhebungen auf dem Gebiet des Schul- und Hochschulwesens für erforderlich:

1. Lehrer an sämtlichen allgemeinbildenden Schularten nach der Zahl der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden (entsprechende Erhebungen für die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und Ingenieurschulen)
2. Nichtlehrendes Personal an allen allgemeinbildenden Schulen
3. Lehrer an Gymnasien nach Lehrbefähigung in einzelnen Fächern und Alter
4. Schüler an Gymnasien (oder nur Abiturienten) nach ständigen Wohnsitzen (kreisweise) und sozialer Herkunft
5. Absolventen von Mittelschulen nach Geburtsjahr
6. Verbleib der Abiturienten
7. Dozenten der Pädagogischen Hochschulen nach Geburtsjahr, dienstlicher Stellung, Lehrgebiet und Lehrbefähigung
8. Umstellung der Statistik der Hochschulprüfungen auf das Individualzählverfahren
9. Fortsetzung der Großen und Kleinen Hochschullehrererhebung

Die Kultusministerkonferenz nimmt davon Kenntnis, daß nach einer Umfrage bei den Statistischen Landesämtern zur Durchführung der obigen statistischen Erhebungen eine Personalvermehrung erforderlich sein wird, die zu einer Erhöhung der Personalkosten voraussichtlich um insgesamt 300.000 DM sowie der Sachkosten um insgesamt 55.000 DM führen wird. Die Kultusministerkonferenz befürwortet die Bereitstellung der für die obigen Erhebungen erforderlichen Personal- und Sachmittel in den Haushalten der einzelnen Statistischen Landesämter und bittet die Finanzministerkonferenz hierzu um ihre Zustimmung.

Die Kultusministerien von Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden gebeten, die Frage zu prüfen, ob für diese Erweiterung der bisher durchgeführten Statistiken auf dem Schul- und Hochschulgebiet die Schaffung einer zusätzlichen Rechtsgrundlage erforderlich ist.

Erweiterung des Programms der Kulturstatistik

- Ergänzende Stellungnahme der Kultusministerkonferenz zu dem Beschluß vom 19./20.9.1963 -
- Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 14./15.⁵1964 -

I. Nach erneuter Prüfung der im Beschluß der 97. Plenarsitzung vom 19./20.9.1963 befürworteten Erweiterung des Programms der Kulturstatistik hält die Kultusministerkonferenz in Übereinstimmung mit der Stellungnahme des Fachausschusses für Statistik des Bildungswesens vom 13./14.2.1964 die Durchführung nachstehender statistischer Erhebungen ab 1965 für unabdingbar:

Jährliche Erhebungen

Vgl. o.a.

- Beschluß Ziff. 1) Lehrer an sämtlichen allgemeinbildenden Schularten nach der Zahl der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden (entsprechende Erhebungen für die Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und Ingenieurschulen)
- " Ziff. 2) Nichtlehrendes Personal an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
- " Ziff. 5) Absolventen von Mittelschulen nach Geburtsjahr

Periodische Erhebungen

- in dreijährigem Turnus ab 1965 -

- " Ziff. 3) Lehrer an Gymnasien nach Lehrbefähigung in einzelnen Fächern und Alter.
- " Ziff. 4) Schüler an Gymnasien im 10. Schuljahrgang und Abiturienten nach ständigem Wohnsitz (kreisweise)
- " Ziff. 7) Dozenten an Pädagogischen Hochschulen nach Geburtsjahr, dienstlicher Stellung, Lehrgebiet und Lehrbefähigung

- in fünfjährigem Turnus ab 1965 -

- " Ziff. 9) Große Hochschullehrererhebung

- II. Hinsichtlich der weiteren im o.a. Beschluß vorgesehenen statistischen Erhebungen nimmt die Kultusministerkonferenz nach Prüfung der Rechtslage und unter Berücksichtigung der Erörterung im Fachausschuß für Statistik des Bildungswesens wie folgt Stellung:

In Ziff. 4 des Beschlusses war vorgesehen, die Schüler an Gymnasien (oder nur die Abiturienten) auch nach ihrer sozialen Herkunft, d.h. nach Beruf und Schulbildung des Vaters und der Mutter zu befragen. Hiergegen sind rechtliche Erwägungen geltend gemacht worden. Der im Fachausschuß erörterte Versuch, Angaben hierzu auf freiwilliger Grundlage zu erhalten, sollte unternommen werden. Denn eine bessere Kenntnis des sozialen Milieus der Schüler wäre erwünscht, um die in der Öffentlichkeit immer wieder geforderten Maßnahmen zur Steigerung des Besuchs weiterführender Schulen gezielter als bisher treffen zu können. Auch im Ausland, beispielsweise in den Niederlanden, werden solche Erhebungen regelmäßig durchgeführt und von den Kultusverwaltungen in ihrer Schulpolitik berücksichtigt.

Gegen die Erhebung über den Verbleib der Abiturienten (Ziff. 6 des Beschlusses) ist eingewandt worden, daß eine solche Erhebung über den Rahmen der Schule hinausgreife und auch aus technischen Gründen besonders schwierig sei. Dennoch wären entsprechende Feststellungen, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Problem des Lehrermangels, von großer Bedeutung. Die Kultusministerkonferenz ist daher mit dem Fachausschuß der Ansicht, daß weitere Überlegungen hierzu angestellt werden sollten, wenn Erfahrungen aus der Stichprobenerhebung vom 22. 4. 1964 vorliegen.

Hinsichtlich der Umstellung der Statistik der Hochschulprüfungen auf das Individualzählverfahren (Ziff. 8 des Beschlusses) stimmt die Kultusministerkonferenz mit dem Fachausschuß darin überein, daß es den Prüfungskandidaten freigestellt werden soll, den Fragebogen auszufüllen.

Die Feststellungen der Kleinen Hochschullehrererhebung (Ziff. 9 des Beschlusses) sollen auch in Zukunft jährlich durch das Sekretariat der Kultusministerkonferenz getroffen werden.

- III. Zu der von der Finanzministerkonferenz gestellten Frage, ob nicht im Hinblick auf die beabsichtigte Erweiterung der Kulturstatistik Einschränkungen im bisherigen Programm vorgenommen werden könnten, ist festzustellen, daß solche Einschränkungen im allgemeinen nicht mehr möglich sind. Die derzeitige öffentliche Diskussion über Bildungsplanung, Bildungsökonomie und Bildungsstatistik hat gezeigt, wie wichtig es für die Landesregierungen ist, genaue Unterlagen über diesen gesamten Fragenbereich zu besitzen. Eine Einschränkung der bisherigen Erhebungen wird lediglich insoweit möglich sein, als - wie bereits auf Vorschlag des Schulausschusses der KMK im Fachausschuß beschlossen - die Erfragung der Flüchtlings- und Vertriebenen-eigenschaft bei Schülern und Lehrern künftig fortfallen soll. Darüber hinaus sind auf Vorschlag des Schulausschusses technische Vereinfachungen im bisherigen Erhebungsprogramm vorgenommen worden; weitergehende Vereinfachungen oder Kürzungen sind z.Zt. nicht vertretbar.

Erklärung der Kultusministerkonferenz zu Fragen der Bildungsplanung, insbesondere zur Erneuerung des Düsseldorfer Abkommens

(vom 25./26. Juni 1964)

Anläßlich ihrer 102. Plenarsitzung am 25./26. Juni 1964 in Köln beriet die Kultusministerkonferenz eingehend über aktuelle Fragen der Bildungsplanung und über die Aufgaben, die den Kultusministerien der Länder in diesem Zusammenhang gestellt sind. Die Kultusminister und -senatoren stimmten darin überein, daß eine umfassende Bildungsplanung notwendig ist. In Anknüpfung an die Berliner Erklärung der 100. Plenarsitzung stellten sie fest, daß nur eine solche Bildungsplanung die Möglichkeiten zu schaffen vermag, um über den Ausbau des bestehenden Bildungswesens hinaus neue Zielvorstellungen — auch im Zusammenhang der zunehmenden europäischen Integration — zu entwickeln und zu verwirklichen.

Bildungsplanung setzt die Überprüfung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Bildungseinrichtungen und den Versuch von Vorausberechnungen des zukünftigen Bedarfes an Ausbildungseinrichtungen voraus. Solche Arbeiten müssen sich auf statistische Erhebungen und Analysen zur Überprüfung nach der quantitativen Seite wie auf systematische Forschungen zur Überprüfung nach der inhaltlich-qualitativen Seite erstrecken. Zur Durchführung dieser Aufgaben werden die vorhandenen Einrichtungen und Gremien organisch weiterzuentwickeln sein. In einem demokratischen Bundesstaat kann und darf Bildungsplanung nur in einer steten Wechselwirkung zwischen den Ländern und dem Bund erfolgen. Die Bildungsplanung der Länder setzt auch die Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des sich daraus ergebenden langfristigen Bedarfs an qualifizierten Kräften der einzelnen Aus- und Fortbildungsstufen voraus. Hierzu ist die Hilfe des Bundes erforderlich. Die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, sich deswegen an die Bundesregierung zu wenden. Ferner wird die Kultusministerkonferenz zur Klärung bestimmter Sachfragen ad hoc-Kommissionen bilden. Vorgesehen sind bereits Kommissionen für Fragen der Ausbildungsbeihilfen und für Berufsausbildung; eine Mitwirkung des Bundes an diesen Kommissionen ist erwünscht.

Auch die Beratungen der Kultusministerkonferenz über die Erneuerung des Düsseldorfer Abkommens wurden unter dem Aspekt der Bildungsplanung geführt. Die Überlegungen richteten sich vor allem darauf, wie neue Entwicklungen im deutschen Schulwesen eingeleitet werden können, die die Erfordernisse der Zukunft erfüllen. Die Kultusminister und -senatoren stimmten darin überein, daß hierbei auch neue Möglichkeiten eröffnet werden müssen, die Zahl der Abiturienten zu steigern. In diesem Zusammenhang wurde unter anderem erwogen, in der Volksschuloberstufe obligatorischen Unterricht in einer lebenden Fremdsprache allgemein einzuführen, gymnasiale Aufbaustufen von den Volksschulen und von den Mittelschulen her zu institutionalisieren und die Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums einheitlich zu gestalten. Die Beschränkung auf 2 Pflichtfremdsprachen (mit Ausnahme des jetzigen altsprachlichen Gymnasiums) würde zur einheitlichen Gestaltung der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums beitragen. Für die Oberstufe der Gymnasien wurde überlegt, ob neben den traditionellen Typen weitere Möglichkeiten durch die Bildung neuer Schwerpunkte (Wirtschaftsgymnasium, Sozialkundliches und Musisches Gymnasium) geschaffen werden können. Schließlich wurde auch die Stellung der Oberschulen, die zur Fakultätsreife führen, erörtert. — Der Schulausschuß der Kultusministerkonferenz wurde beauftragt, auf der Grundlage des Beratungsergebnisses dem Plenum der Kultusministerkonferenz formulierte Vorschläge für die Novellierung des Düsseldorfer Abkommens vorzulegen.

Anlage II

z.d.VH über die
106. KMK v. 4.2.1965

Fragen der Bildungsstatistik

- Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 4.2.1965 -

Die Kultusministerkonferenz befaßte sich anläßlich ihrer 106. Plenarsitzung am 4. Februar 1965 in Bonn erneut mit den Fragen der Bildungsstatistik und Bildungsplanung. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Fragen der Bedarfsfeststellung, Staatssekretär Dr. Müller, Hessen, erstattete einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Arbeitsgruppe, die zahlreiche Erhebungen durchgeführt hat und ihre ersten schriftlichen Berichte in diesem Jahr vorlegen wird.

In Anknüpfung an die Kölner Erklärung der 102. Plenarsitzung am 25./26. Juni 1964 forderte die Kultusministerkonferenz für eine umfassende Bildungsplanung zuverlässige statistische Erhebungen und Analysen sowie entsprechende systematische Forschungsarbeiten. Für eine solche umfassende Bildungsplanung müssen in dem Kultusministerium eines jeden Landes die erforderlichen Voraussetzungen - soweit noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden - verstärkt oder unverzüglich geschaffen werden. Dies zwingt zu angemessenen personellen und organisatorischen Maßnahmen. Vor allem ist es unerläßlich, eigene Referate für Bildungsstatistik einzurichten, diese mit qualifizierten Fachkräften zu besetzen und die Erhebungsverfahren weiter auszubauen. Von den modernen Methoden der automatischen Verarbeitung individueller Daten ist in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt weitgehend Gebrauch zu machen.

Die Kultusministerkonferenz stellt fest, daß auch der vorgesehene Bildungsrat nur durch leistungsfähige Arbeitsgruppen für Bildungsstatistik und -planung in jedem einzelnen Kultusministerium die für eine erfolgreiche Arbeit erforderlichen, statistisch und pädagogisch einwandfreien Arbeitsgrundlagen wird erhalten können.

Arbeitsprogramme der Statistiken
des Bildungswesens

Grundlage für die Durchführung der bundeseinheitlichen Statistiken des Bildungswesens ist der Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland vom 3. Mai 1950, wiederholt am 7. Juli 1961. Das Statistische Bundesamt wirkt bei der Vorbereitung der Schul- und Hochschul-Statistiken koordinierend mit und stellt Bundesergebnisse zusammen.

A. Kreis der Befragten

1. Schulstatistik

1.1. Allgemeinbildende Schulen. Die Erhebungen finden jährlich, seit 1967 einheitlich im Oktober statt.

Erhoben werden (Zahlen Stand 1966):

	ö = öffentlich p = privat	Schulen	Schüler	Vollzeit- lehrer
Volksschulen	ö	28 307	5 366 801	154 659
	p	145	11 201	546
Sonderschulen	ö	1 436	182 743	9 831
	p	205	16 090	990
Realschulen	ö	1 294	506 963	19 514
	p	185	45 804	1 896
Gymnasien	ö	1 450	843 562	42 381
	p	351	119 620	6 037
Schulen mit neu org. Schulaufbau	ö	856	414 644	17 163
	p	72	17 823	755
Freie Waldorfschulen	p	25	12 674	754
Insgesamt	ö	33 343	7 314 713	243 548
	p	983	223 212	10 976
Abendrealschulen	ö	36	4 115	44
	p	17	1 110	6
Abendgymnasien	ö	26	5 793	245
	p	13	1 759	25
Kollegs (Einrichtungen zur Erlangung der Hochschulreife)	ö	24	2 876	290
	p	9	971	74

1.2. Berufsbildende Schulen und Ingenieurschulen. Die Erhebungen finden jährlich, seit 1967 einheitlich im November (Ingenieurschulen im Oktober) statt.

Erhoben werden (Stand 1966):

	ö = öffentlich p = privat	Schulen	Schüler	Vollzeit- lehrer
Berufsschulen	ö	1 676	1 731 042	24 460
	p	138	16 402	305
Berufsaufbauschulen (Voll- und Teilzeit- schulen)	ö	663	52 429	.
	p	41	3 851	.
Berufsfachschulen	ö	1 563	135 667	6 186
	p	607	40 428	1 916
Fachschulen	ö	867	59 760	4 887
	p	331	23 111	1 295
Schulen des Gesund- heitswesens	ö	642	23 358	.
	p	654	18 685	.
Technikerschulen (Voll- und Teilzeit- schulen)	ö	167	16 190	457
	p	99	9 573	246
Ingenieurschulen (Voll- und Teilzeit- schulen)	ö	128	57 544	4 551
	p	14	4 217	228

2. Hochschulstatistik

2.1. Kleine Hochschulstatistik WS 1966/67

51 Wissenschaftliche Hochschulen mit 281 339 immatrikul.
Studenten

27 Hochschulen für bildende Künste, Musik und Sport mit
8 937 Studenten

2.2. Große Hochschulstatistik

2.3. Statistik der Hochschulprüfungen

27 383 Staats-, Diplom- und Magisterprüfungen	} (1965) ohne Schl.- Holstein
6 971 Doktorprüfungen	

2.4. Statistik der Hochschullehrer

10 413 Lehrpersonen

6 991 Wissenschaftliches Hilfspersonal

} (1960)

2.5. Statistik des Lehrernachwuchses

2.5.1. für Volksschulen, Sonderschulen und Realschulen

50 636 Studierende (1966)

13 256 abgelegte Lehramtsprüfungen (1965)

2.5.2. für berufsbildende Schulen (ohne Handelslehramt)

2 906 Studierende (1966)

537 abgelegte Lehramtsprüfungen (1965)

2.5.3. für Gymnasien

619 Studien- und Anstaltsseminare

7 677 Teilnehmer

3 103 abgelegte pädagogische Prüfungen

} (1966)

3. Sonstige Statistiken

3.1. Statistik der Turn- und Sportstätten

1955 = 48 015

3.2. Laufende Erweiterung des kulturellen Teils

im Statistischen Jahrbuch seit 1958

Statistik der Bibliotheken der Universitäten und TH
Volkshochschulen

Deutscher Sängerbund

Rundfunk- und Fernseh - Sendezeiten

nach Musik, Wort- und Werbesendungen

Studentenwohnheime

Zeitungen und Zeitschriften

Goethe-Institut

Deutscher Akadem. Austauschdienst

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Habilitationen

4. Statistiken für internationale und supranationale Organisationen bzw. Behörden, Enzyklopädien

4.1. UNESCO

- a) Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens über Statistics of Education 1966/67
- b) Beantwortung eines Fragebogens zur Vorbereitung einer für August 1968 vorgesehenen UNESCO-Konferenz über Bildungsplanung

4.2. OECD

Lieferung von Statistischem Material im Frühjahr 1968 zur Anfertigung einer Studie für alle OECD-Länder über "Education Training and Functions of Technicians in the OECD-Countries"

4.3. EWG

Anfertigung einer Ausarbeitung über "Die Hochschulstatistik im Rahmen der Bildungsstatistik in der Bundesrepublik Deutschland". Veröffentlicht in den "Statistischen Informationen" (Mitteilungsorgan des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Brüssel, Luxemburg)) Nr. 2/1967

4.4. SAEG

Lieferung von Statistischem Material zur Erstellung von Studien über das deutsche Bildungswesen

4.5. Anfragen aus dem Ausland im Jahre 1967/68

- 4.5.1. Lieferung des Textes für das "International Education Handbook 1968" und Beantwortung eines Fragebogens
- 4.5.2. Beantwortung weiterer 19 Anfragen sowie Besprechungen mit 6 ausländischen Besuchern
- 4.5.3. Regelmäßige Lieferung von Zahlen über das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland für die Veröffentlichung in folgenden ausländischen Publikationen:

World Survey of Education	} UNESCO
Statistical Year-Book	
sonstige Publikationen	
UN-Demographic Yearbook	
The Europe Year-Book	
The International Year-Book	
The Statesman's Year-Book	
Encyclopaedia Britannica	
Whitaker's Almanack	
Statesman's Who's Who	

B. Dargestellte Tatbestände

1. Schulstatistik

1.1. Allgemeinbildende Schulen

V = Volksschulen S = Sonderschulen R. = Realschulen

G = Gymnasien

Schulen, Klassen

Positionen

Schulträger	5
Schulen mit Heim/Internat SRG	1
Schultyp S	12
Tagesheimschule	1
Schulkindergarten VS	2
Konfessioneller Charakter VS	7
Klassen für Einzeljahrgänge und mit Zusammenfassung V	9
Klassen nach Art V	10
Klassen nach Typ S	12
Klassen nach Klassenfrequenzgruppen	9

Schüler

Geschlecht	2
Schultyp SG	bis 12
Schuljahrgang VRG	10
Schulbesuchsjahr S	10
Geburtsjahr	13
Nichtversetzte Schüler VRG	9
Teilnehmer am fremdsprachlichen Unterricht VRG	bis 6
Kern- und Wahlpflichtfächer im 12. u. 13. Schuljahrgang G	bis 12
Kinder ausländischer Arbeitnehmer VRG	5
Voraussichtliche Schulentlassungen VS	1
Zurückstellung bzw. Befreiung von der Schulpflicht V	2
Zugänge nach Art VRG	bis 14
Zugänge bei S nach Schultyp	12
Abgänge nach Schuljahrgängen VRG (S nach Schulbesuchsjahr)	10
Abgänge nach Verbleib VRG	bis 18
Abgänge bei S nach Schultyp	bis 12
Absolventen nach Geburtsjahr RG	6
Absolventen mit Fachschulreife G	3
Nichtbestandene Reifeprüfungen G	1
Religionszugehörigkeit (3 jähriger Turnus)	5
Teilnehmer an freiwilligen Arbeitsgemeinschaften G (3 jähriger Turnus)	14

Lehrer

Vollzeitlehrer (hauptamtliche und hauptberufliche)

Geschlecht	2
Altersgruppen	9
Lehrämter	8
Zugänge	8
Abgänge	9
Erteilte Wochenstunden	1
Religionszugehörigkeit (3 jähriger Turnus)	5

noch: B. Dargestellte Tatbestände
 noch: 1. Schulstatistik
 noch: 1.1. Allgemeinbildende Schulen
 noch: Lehrer

Positionen

Teilzeitlehrer (nebenamtliche, nebenberufliche, teilbeschäftigte)	3
Geschlecht	2
Erteilte Wochenstunden	1

außerdem bei Individualerhebung

Hauptamtliche und hauptberufliche, nebenamtliche, nebenberufliche, teilbeschäftigte Lehrer

an Realschulen und Gymnasien

Unterrichtsfach	bis 20
Mit - ohne Lehrbefähigung	2
Erteilte Unterrichtsstunden in einzelnen Fächern	nur für hauptamtliche Lehrer } 31
Familienstand	3

Nichtlehrendes Personal (3jähriger Turnus ab 1965)

Geschlecht	2
Beschäftigung	2
Art	4

Schulanlagen (5jähriger Turnus ab 1967)

Vorgesehene Darstellung

Schulträger	7
Untergebrachte Schulen	9
Art der untergebrachten Schulen	25
Sonstige Einrichtungen	15
Fläche der Schulanlage	22
Baujahr und Jahr des letzten Umbaus	10
Gewonnene Unterrichtsräume von 1945 bis 1967	9
Klassenräume	24
Fläche der Klassenräume	6
Fachunterrichtsräume	16
Turnhallen und Gymnastikräume	25
Spiel- und Sportplätze, Schwimmbecken	14
Verwaltungs- und sonstige Räume	8
Benutzte Räume in Nichtschulgebäuden	3

noch: B. Dargestellte Tatbestände

noch: 1. Schulstatistik

1.2. Berufsbildende Schulen

B = Berufsschulen, BA = Berufsaufbau-
schulen, Bf = Berufsfachschulen, F = Fach-
und Höhere Fachschulen, T = Technikerschulen,
Ges = Schulen des Gesundheitswesens

Positionen

Schulen, Klassen

Schultyp (Fachrichtung)	7 bis 35
Schulträger	5
Fachlicher Ausbau B	7
Vollzeit - Teilzeitschulen BA, T	2
Selbständige - angegliederte Schulen T	2
Werkberufsschulen B	3
Klassen	1
Klassen (B) bzw. Lehrgang (BA, T) nach Wochenstundenzahl	9
Klassen nach Art B	14
Freiwilliger Kursunterricht (2jähriger Turnus)	3

Schüler

Geschlecht	2
Schultyp	5 bis 35
Schuljahrgang (B) bzw. Ausbildungshalb- jahr BA, T	bis 7
Im 1. Schuljahrgang bzw. 1. u. 2. Semester Bf, F	1
Schulische Vorbildung BA, Bf, F, T, Ges	3
Geburtsjahr	15
Beruf. Fachrichtung	10 bis 40
Beschäftigungsverhältnis B, BA, T	bis 6
Beschäftigungsbetrieb BA	10
Pflichtmäßiger Kursunterricht B	1
Entlassungen B	1
Abschlußzeugnisse bzw. Prüfungen BA, Bf, F, T, Ges	bis 7
Voraussichtliche Beendigung der Ausbil- dung Bf, F, Ges	2
Ableistung des 9. Volksschulpflicht- jahres Bf	1
Fremdsprachlicher Unterricht Bf	4
Teilnehmer am evangel. oder kathol. Religionsunterricht (3jähriger Turnus) B, Bf	2
Freiwilliger Kursunterricht (2jähriger Turnus) B, Bf, F	2
Staatsangehörigkeit der Ausländer F, T, Ges	bis 100

noch: B. Dargestellte Tatbestände

noch: 1. Schulstatistik

Positionen

noch: 1.2. Berufsbildende Schulen
Lehrer

Wie unter 1. und außerdem bei Teilzeitlehrern

Fachrichtung des Lehrauftrages B, BA,
Bf, F

5

Außerdem bei Individualerhebung

Wie oben bei Realschulen und Gymnasien

Nichtlehrendes Personal (3jähriger Turnus
ab 1965)

Wie oben bei allgemeinbildenden Schulen

Schulanlagen (5jähriger Turnus ab 1967)

Wie oben bei allgemeinbildenden Schulen

1.3. Ingenieurschulen

Schulen

Schultyp	6
Schulträger	3
Vollzeit - Teilzeitschule	2
Dauer der Ausbildung	1
Wochenstundenzahl	1
Wegen Platzmangel nicht aufgenommene Bewerber	2

Studierende

Stand Mai/Okttober	2
Geschlecht	2
Schultyp	6
Semesterzahl	6
Fachrichtung des Studiums	33
Schulische Vorbildung	3
Praktische Ausbildung	2
Geburtsjahr	10
Fremdsprachlicher Unterricht	bis 7
Ingenieurprüfungen	4
Zuerkennung der Hochschulreife	2
Staatsangehörigkeit der Ausländer	bis 80

außerdem bei Individualerhebung

Ständiger Wohnsitz	13
Familienstand	3
Schulische u. praktische Vorbildung	18
Religionszugehörigkeit	6
Finanzierung des Studiums	13
Beruf- u. berufliche Stellung des Vaters	47
Technische Ausbildung des Vaters	7

noch: B. Dargestellte Tatbestände

noch: 1. Schulstatistik

noch: 1.3. Ingenieurschulen

Positionen

Lehrer

Vollzeitlehrer (hauptamtliche und hauptberufliche)

Geschlecht	2
Altersgruppen	9
Fachliche Vorbildung	13
Zugänge	8
Abgänge	9
Erteilte Wochenstunden	1

außerdem bei Individualerhebung

Fachrichtung der Lehrtätigkeit	26
Erteilte einzelne Wochenstunden	12
Religionszugehörigkeit	6
Familienstand	3

Teilzeitlehrer (nebenamtliche, nebenberufliche, teilbeschäftigte)

Geschlecht	2
Erteilte Wochenstunden	1

Nichtlehrendes Personal (3jähriger Turnus ab 1965)

Wie oben bei allgemeinbildenden Schulen

Schulanlagen (5jähriger Turnus ab 1967)

Vorgesehene Darstellung

Schulträger	3
Untergebrachte Schulen	6
Art der untergebrachten Schulen	3
Sonstige Einrichtungen	bis 6
Fläche der Schulanlage	22
Abstellplätze für PKW (Anzahl)	1
Baujahr und Jahr des letzten Umbaues	10
Gewonnene Unterrichtsräume von 1945 bis 1967	9
Lehrsäle und Hörsäle	bis 30
Fläche der Lehrsäle und Hörsäle	8
Lehr- und Hörsäle vorgesehen für ... Studierende	3
Fachunterrichtsräume, Laboratorien	bis 30
Turnhallen und Gymnastikräume	25
Spiel- und Sportplätze, Schwimmbecken	14
Verwaltungs- und sonstige Räume	7
Benutzte Räume in Nichtschulgebäuden	3
Besondere Einrichtungen in Verbindung mit der Schule	1

noch: B. Dargestellte Tatbestände

Positionen

2. Hochschulstatistik

2.1. Kleine Hochschulstatistik

<u>Wissenschaftliche Hochschulen</u>	51
Studierende - Studienanfänger	2
Geschlecht	2
Deutsche - Ausländer	2
Fachrichtungen	24
Ausländische Studierende im Studienkolleg	1
Beurlaubte - Gasthörer	2
<u>Hochschulen für bildende Künste, Musik, Sport</u>	27
Studierende - Studienanfänger	2
Geschlecht	2
Deutsche - Ausländer	2
Beurlaubte - Gasthörer	2

2.2. Große Hochschulstatistik

Art der Hochschule	4
Studierende - Studienanfänger	2
Geschlecht	2
Ständiger Wohnsitz	13
Studienbereich, Grundstudienfach, Studienfach	bis 60
Hochschulsemester	20
Fachsemester	20
Art der Hochschulberechtigung	16
Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulberechtigung	14
Berufsziel	bis 60
Angestrebter Studienabschluß Lehrer an Gymnasien	30
Angestrebter Studienabschluß Lehrer an Realschulen	30
Stud. im 5. u. höh. Fachsemester mit Berufsziel Lehrer an Gymnasien	40
Stud. im 5. u. höh. Fachsemester mit Berufsziel an Realschulen	40
Geburtsjahr	14
Familienstand	5
Zahl der eigenen Kinder	4
Erwerbstätigkeit des Ehepartners	4
Religionszugehörigkeit	6
Finanzierung des Studiums	10
Beruf und berufliche Stellung des Vaters	54
Schulbildung der Eltern	32
Staatsangehörigkeit der Ausländer	bis 80

noch: B. Dargestellte Tatbestände

noch: 2. Hochschulstatistik

2.3. Statistik der Hochschulprüfungen

Art der Hochschule	4
Winter - Sommersemester	2
Geschlecht der Kandidaten	2
Deutsche - Ausländer	2
Art der Prüfungen	6
Bestandene - nichtbestandene Prüfungen	2
Fachrichtungen	60
Zahl der bis zur Prüfung absolvierten Semester	10

2.4. Statistik der Hochschullehrer
(vorgesehene Darstellung)

Wissenschaftliche Hochschulen einschl. Pädagogische Hochschulen	
Lehrpersonen	6
Geschlecht	2
Deutsche - Ausländer	2
Dienstrechtliche Stellung	bis 46
Fächergruppen	56
Geburtsjahrgangsgruppen	11
Geburtsjahrgänge der Lehrstuhlinhaber 1897 - 1910	14
Erhaltene Berufungen	20
Zeitraum bzw. Abschlußprüfung, Promotion, Habilitation	20
Beruf und berufliche Stellung des Vaters	54
Besoldungs- und Vergütungsgruppen	25
Ausländer nach Staatsangehörigkeit	10

2.5. Statistik des Lehrernachwuchses

2.5.1. Volks-, Sonder- Realschullehramt und

2.5.2. Lehrämter für berufsbildende Schulen

Pädagogische Hochschulen u. entsprechende Einrichtungen	61
Studierende - Studienanfänger	2
Geschlecht	2
Deutsche - Ausländer	2
Ständiger Wohnsitz	13
Semester	8
Art der Hochschulberechtigung	17
Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulbe- rechtigung	5
Ausbildungsziel (Lehramt)	14
Fachrichtung der früher erworbenen Berufs- ausbildung	17
Vorherige Berufstätigkeit	1
Bereits abgelegte Prüfungen	5
Abgelegte Lehramtsprüfungen	9
Geburtsjahr	19
Familienstand	4
Religionszugehörigkeit	6
Finanzierung des Studiums	10
Staatsangehörigkeit der Ausländer	bis 46

noch: B. Dargestellte Tatbestände

noch: 2. Hochschulstatistik

2.5.3. Lehramt an Gymnasien

Studien- und Anstaltsseminare	2
Teilnehmer	1
Geschlecht	2
Ausbildungssemester	3
Geburtsjahr	12
Fachgruppen	4
Fächer der Lehrbefähigung	31
Voraussichtliches Jahr der pädagogischen Prüfung	3
Mit Erfolg abgelegte pädagogische Prüfungen	4
An der Ausbildung beteiligte Lehrpersonen	4

2.5.4. Lehrerbildende Einrichtungen

Einrichtungen	48
Teilnehmer	1
Geschlecht	2
Deutsche - Ausländer	2
Dauer der Ausbildung	1
Lehrer	3

3. Sonstige Statistiken

3.1. Turn- und Sportstätten

(Vorgesehene Darstellung)

Kreisfreie Städte - Landkreise	
Gemeinden mit Turn- und Sportstätten	18
Eigentumsverhältnisse	3
Turn- und Sporthallen, Sportfläche	18
Schwimmballen, Beckengröße, Wasserfläche	18
Freibäder, Wasserfläche, eingezäunte Fläche	21
Sportplätze, Umkleidemöglichkeit, Sportfläche	21
Kinderspielplätze, Mindestgröße, Fläche	18
Sonstige Spiel- und Sportanlagen	20

noch: B. Dargestellte Tatbestände

4. Statistik für UNESCO

Beantwortung von Fragebogen über
Statistics of Education:

- 1) Number of institutions
Teaching staff (full - and part-time) both sexes, female
Pupils enrolled (full - and part-time) both sexes, female

Level of education and type of institutions (public-private)

I. Pre-primary

II. First Level (Primary)

III. Secondary Level

- a) Secondary General
- b) Vocational

IV. Third Level:

- a) Universities and equivalent
- b) Teacher education at the third (higher) level
- c) Other education at the third level

V. Education not classified by Level

- a) Special education
- b) Other education

2) Results of examinations at the second level:

Duration of studies (in years)

Number of pupils sitting for examination (both, sexes, female)

Number of graduates, of which have the right of access to
higher education (both sexes, female)

Type of diploma granted

Level: secondary general

secondary vocational

teacher training at the second level

3) Third level:

(a) Enrolment by field of study and country of origin
(national and foreign students, foreign students by
sex)

(b) Results of examinations by field of study:

Duration of studies (in years)

Level of degree or diploma

Number of students sitting for examinations (by sex)

Number of graduates (national and foreign, foreign
only, sex)

STATISTISCHES BUNDESAMT
- VIII -

Zu Punkt 4 des Kasseler Beschlusses

Land:
Regierungsbezirk:
Kreisfreie Stadt:
Landkreis:
Schulaufsichtsbezirk:

Rahmenentwurf

(24. 3. 1965)

Fragebogen für Schüler des 10. und 13. Schuljahrgangs an Gymnasien

Stand: 15. Mai 1965

Die Schüler werden dringend gebeten, den Fragebogen vollständig und sorgfältig auszufüllen. Die Angaben werden vertraulich behandelt und ausschließlich statistisch ausgewertet. Die zusammengefaßten statistischen Ergebnisse sind bei der Behandlung allgemeiner schulischer Fragen, der Einzugsgebiete der Gymnasien, der räumlichen Entfernung, des Nachwuchsproblems u. dgl. unerlässlich. Bei vordruckten Antworten bitte das Nichtzutreffende zu streichen.

1. Name des Gymnasiums:
öffentlich - privat staatlich anerkannt - privat genehmigt
2. Schultyp:
(z.B. altsprachlich, neu-sprachlich, mathem./naturwissenschaftlich, wirtschaftswissenschaftlich; der Schultyp ist nur von Schülern des 13. Schuljahrgangs anzugeben)
3. Schuljahrgang: 10. - 13. (Nichtzutreffendes bitte streichen)
4. Familiennamen:
5. Geschlecht: männlich - weiblich
6. Geburtsjahr:
7. Religionszugehörigkeit: evangelisch - römisch katholisch - Angehörige sonstiger Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften - gemeinschaftslos
8. Ort des ständigen Wohnsitzes (in der Regel der Eltern):
.....
9. Kreis:
10. Vorwiegende Berufstätigkeit des Elternhauses:
Genaue Berufsbezeichnung
 - a) des Vaters
(bei Rentnern, Pensionären u.a. den früheren Beruf angeben)
 - ab) Hat der Vater eine abgeschlossene Hochschulbildung?
ja - nein
 - ac) Stellung im Beruf (Nichtzutreffendes bitte streichen):
 Selbständig: Landwirt - Fabrikant - Großhändler - Einzelhändler
 Gastwirt - freier Beruf - selbständiger Handwerker -
 sonstiger selbständiger Gewerbetreibender (z.B. Vertreter)
 Beamter oder höherer - gehobener - mittlerer und einfacher Dienst
 Richter:
 Angestellter: leitender - sonstiger - Werkmeister
 Arbeiter
 - b) der Mutter:
(bei Rentnerinnen, Pensionärinnen u.a. den früheren Beruf angeben)
 - ba) Hat die Mutter eine abgeschlossene Hochschulbildung?
ja - nein
 - bb) Stellung im Beruf (Nichtzutreffendes bitte streichen):
 Selbständig: Landwirtin - Fabrikantin - Großhändlerin - Einzelhändlerin -
 Gastwirtin - freier Beruf - selbständige Handwerkerin -
 sonstige selbständige Gewerbetreibende (z.B. Vertreterin)
 Beamtin oder
 Richterin: höherer - gehobener - mittlerer und einfacher Dienst
 Angestellte: leitende - sonstige

STATISTISCHES BUNDESAMT
- VIII -

Name der Schule: (Stempel)

Schulort:

öffentliche - private Schule

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Land:

Regierungsbezirk:

Kreisfreie Stadt:

Landkreis:

Schulaufsichtsbezirk:

Rahmenentwurf**Erhebungsbogen für Lehrer an Realschulen und Gymnasien**
 (Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer, nebenamtliche Lehrer,
 teilbeschäftigte Lehrer mit Lehramtsbefähigung, nebenberufliche Lehrer)

 Soweit im Erhebungsbogen Antworten vorgegeben sind, ist das Nichtzutreffende zu streichen
 und die in () stehende Ziffer in das Signierfeld am rechten Rand einzutragen.

 Name, Vorname:
 (in Druckschrift)

				Signierfeld
1.	Geschlecht: männlich (1) - weiblich: (2)			
2.	Geburtsjahr: (in das Signierfeld eintragen)	Tag	Monat	Jahr
3.	Familienstand: ledig (1) - verheiratet (2) - verwitwet (3) - geschieden (4)			
4.	Religionszugehörigkeit: evangelisch (1) - römisch-kathol. (2) - jüdisch (3) - sonst. Religions- oder Weltansch. Gemeinschaft (4) - gemeinschaftslos (5)			
5.	Amtsbezeichnung: (von jedem Statistischen Landesamt selbst einzusetzen)			
6.	Dienstverhältnis: Beamter auf Lebenszeit (1) - Beamter auf Probe (2) - Angestellter - auch Pensionär, der als Angestellter weiterbeschäftigt wird (3) - Ordensangehöriger (4) - mit Lehr- auftrag (Sondervergütung) (5)			
7.	Beschäftigung: Hauptamtlich bzw. hauptberuflich (1) - nebenamtlich (2) - teilbeschäftigter Lehrer (3) - nebenberuflich (z.B. Handwerker, Meister) (4)			
8.	Lehramt: Volksschullehramt (1) - Volks- und Realschullehramt (2) - Realschullehramt (3) - Lehr- amt an Gymnasien (4) - Technisches Lehramt (5) - Lehramt für Lernbehinderte (6) - an Blindenschulen (7) - an Sprachheilschulen (8) - an Gehörlosenschulen (9) - an Sehbehindertenschulen (10) - Krankenschulen (11) - sonstiges Sonderschullehramt (12) - sonstiges Lehramt (13)			
9.	Lehrbefähigung: Kath. Religion (01) - Evang. Religion (02) - Deutsch (03) - Latein (04) - Griechisch (05) - Französisch (06) - Englisch (07) - Geschichte (08) - Erdkunde (09) - Mathematik (10) - Physik (11) - Chemie (12) - Biologie (13) - Leibesübungen (14) - Musik (15) - Bildende Kunst (16) - Kunstgeschichte (17) - Handarbeit, Hauswirtschaft (18) - Sonstige Lehrbefähigung (genaue Angabe) (19)			

bitte wenden

10.	Tatsächlich erteilte Wochenstunden:			
	Zahl der tatsächlich erteilten Wochenstunden insgesamt:	 Stunden	
	davon entfallen auf folgende Unterrichtsfächer:			
	Kennziffer wie Frage 9			
	: Stunden		
	: Stunden		
	: Stunden		
	: Stunden		
	: Stunden		
	: Stunden		
11.	Stundenermäßigung insgesamt		 Stunden
	davon: a) aus persönlichen Gründen (z.B. Alter, Krankheit) (1)		 Stunden
	b) für Verwaltungstätigkeit (ohne naturwissensch. Sammlungen) (2)		 Stunden
	c) für sonstige Tätigkeit (Seminararbeit, sonstige Aufgaben) (3)		 Stunden
12.	Angabe der Schule, an der außerdem Unterricht erteilt wird (Name der Schule, Fach und Wochenstundenzahl bitte eintragen):			
	Name der Schule	Fach (Kennziffer wie Frage 9)	Wochen- stundenzahl	Beschäftigung (Kennziffer wie Frage 7)

STATISTISCHES BUNDESAMT

- VIII -

Name der Schule: (Stempel)

Schulart:

Öffentliche - private Schule
(Nichtzutreffendes bitte streichen)Rahmenentwurf

(endgültige Fassung)

Land:

Regierungsbezirk:

Kreisfreie Stadt:

Landkreis:

Schulaufsichtsbezirk:

Erhebungsbogen für Lehrer an berufsbildenden Schulen..

ohne Ergänzungsschulen und ohne Schulen des Gesundheitswesens¹

Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer (einschl. Studienreferendare),

teilbeschäftigte Lehrer mit Lehramtsbefähigung an

Berufsschulen, Berufsaufbauschulen, Berufsfachschulen, Fachschulen, Technikerschulen

Soweit im Erhebungsbogen Antworten vorgegeben sind, ist das Nichtzutreffende zu streichen
und die in () stehende Ziffer in das Signierfeld am rechten Rand einzutragen.

Name, Vorname:

(in Druckschrift)

				Signierfeld	
1.	<u>Geschlecht:</u> männlich (1) - weiblich: (2)			1	
2.	<u>Geburtsdatum:</u> (in das Signierfeld eintragen)	Tag	Monat	Jahr	
		2		—	
3.	<u>Familienstand:</u> ledig (1) - verheiratet (2) - verwitwet (3) - geschieden (4)			3	
4.	<u>Religionszugehörigkeit:</u> evangelisch (1) - römisch-kathol. (2) - jüdisch (3) - sonstige Religions- oder Weltansch. Gemeinschaft (4) - gemeinschaftslos (5)			4	
5.	<u>Anteilsbezeichnung:</u> (von jedem Statistischem Landesamt selbst einzusetzen)			5	
6.	<u>Dienstverhältnis:</u> Beamter auf Lebenszeit (1) - Beamter auf Probe (2) - Beamter auf Widerruf (3) - Angestellter, auch Pensionär, der als Angestellter weiterbeschäftigt wird (4) - Ordensangehöriger (5) - mit Lehrauftrag (Sondervergütung) (6)			6	
7.	<u>Beschäftigung:</u> ¹⁾ Hauptamtlich bzw. hauptberuflich (1) - teilbeschäftigter Lehrer (2)			7	
8a	<u>mit Lehramtsprüfung:</u> Gewerbelehramt für Metall (1) - Gewerbelehramt für Elektrotechnik (2) - sonstiges Gewerbelehramt (ohne Hauswirtschaft) (3) - Gewerbelehramt für Hauswirtschaft (4) - Lehramt der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde (5) - Lehramt an landwirtsch. und gartenbaul. Berufsschulen (6) - Lehramt der Landwirtschaft (7) - Lehramt des Gartenbaues (8) - Diplom-Handelslehrer (9) - sonstiges Handelslehramt (10) - Religionslehrer (11) - Volksschullehramt (12) - Realschullehramt (13) - Lehramt an Gymnasien (14) - Lehramt für Kurzschrift bzw. Maschinenschreiben (15) - Lehrer für musische Fächer (16) - Technisches Lehramt (17) - sonstiges Lehramt (bitte genaue Angabe) (18)			8a	
8b	<u>ohne Lehramtsprüfung:</u> Diplom-Ingenieur (1) - Ingenieur (2) - Diplom-Landwirt (3) - Meister (4) - sonstige Ausbildung (bitte genaue Angabe) (5)			8b	

¹⁾ Hauptamtlich bzw. hauptberuflich ist ein Lehrer, der eine Planstelle inne hat bzw. mit voller Stundenzahl beschäftigt ist; ein teilbeschäftigter Lehrer ist ein Lehrer mit Lehramtsprüfung, der nur stundenweise unterrichtet, z.B. pensionierter Lehrer, ausgeschiedene ehemalige Lehrerin.

				Signierfeld																																																	
9.	<u>Tatsächlich erteilte Wochenstunden</u> Zahl der tatsächlich erteilten Wochenstunden insgesamt; Std. von den Wochenstunden entfallen auf folgende Lehrbefähigungen bzw. Lehrämter 1) Kennziffer wie Frage 8a Std. Std. Std. Std.			9																																																	
10.	<u>Stundenermäßigung insgesamt</u> Std. davon: a) aus persönlichen Gründen (z.B. Alter, Krankheit) (1) Std. b) für Verwaltungstätigkeit (2) Std. c) Seminararbeit (3) Std. d) für Verwaltung von Laboratorien, Sammlungen, Büchern u.a. (4) Std. e) für sonstige Tätigkeit (5) Std.			10																																																	
11.	Angabe der Schule, an der außerdem Unterricht erteilt wird (Name der Schule, Lehramt und Wochenstundenzahl bitte eintragen): <table border="1"> <thead> <tr> <th>Name der Schule</th> <th>Lehramt (Kennziffer wie Frage 8a)</th> <th>Wochenstundenzahl</th> <th>Beschäftigungsart</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> </tbody> </table>			Name der Schule	Lehramt (Kennziffer wie Frage 8a)	Wochenstundenzahl	Beschäftigungsart																																													11	
Name der Schule	Lehramt (Kennziffer wie Frage 8a)	Wochenstundenzahl	Beschäftigungsart																																																		

1) Die Summe der in den einzelnen Fachrichtungen erteilten Wochenstunden muß die Gesamtstundenzahl ergeben.

- VIII -

Land:
 Regierungsbezirk:
 Kreisfreie Stadt:
 Landkreis:
 Schulaufsichtsbezirk:

Name der Schule: (Stempel)

Schulort:

öffentliche - private Schule

(Nichtzutreffendes bitte streichen)

Rahmenentwurf

(endgültige Fassung)

Erhebungsbogen für Lehrpersonen und Hilfskräfte an Ingenieurschulen

(Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrpersonen und unterrichtstechnische Hilfskräfte, teilbeschäftigte Lehrer)

Soweit im Erhebungsbogen Antworten vorgegeben sind, ist das Nichtzutreffende zu streichen
 und die in () stehende Ziffer in das Signierfeld am rechten Rand einzutragen.

Name, Vorname:
 (in Druckschrift)

				Signierfeld	
1.	<u>Geschlecht:</u> männlich (1) - weiblich (2)			1	
2.	<u>Geburtsdatum:</u> (in das Signierfeld eintragen)	Tag	Monat	Jahr	
		2		-	
3.	<u>Familienstand:</u> Ledig (1) - verheiratet (2) - verwitwet (3) - geschieden (4)			3	
4.	<u>Religionszugehörigkeit:</u> evangelisch (1) - römisch.-kath. (2) - jüdisch (3) - sonst. Religions- oder Weltansch. Gemeinschaft (4) - gemeinschaftslos (5)			4	
5.	<u>Amtsbezeichnung:</u> (von jedem Statistischen Landesamt selbst einzusetzen)			5	
6.	<u>Dienstverhältnis:</u> Beamter auf Lebenszeit (1) - Beamter auf Probe (2) - Angestellter, als Pensionär, der als Angestellter weiterbeschäftigt wird (3)			6	
7.	<u>Beschäftigung:</u> Hauptamtlich bzw. hauptberuflich (1) - hauptamtlich bzw. hauptberuflich mit Funktion als Abteilungsleiter (2) - teilbeschäftigter Lehrer (3)			7	
8a.	<u>Fachliche Vorbildung der Lehrpersonen:</u> Diplomprüfung an TH und vorgeschriebene Berufstätigkeit (1) - Abschlußprüfung an sonstig. Wissensch. Hochschule und vorgeschriebene Berufstätigkeit (2) - Große Staatsprüfung f.d. Höheren technischen Dienst (3) - Prüfung für das Lehramt an Gymnasien (4) - Prüfung für Diplomhandelslehrer (5) - Diplomlandwirt mit zweiter Prüfung (6) - sonstige Vorbildung (7)			8a	
8b.	<u>Pädagogische Vorbildung:</u> <u>Art:</u> Pädagogische Hochschule (1) - Wissenschaftliche Hochschule (2) - sonstige pädagogische Vorbildung (bitte genaue Angabe) (3) keine pädagogische Vorbildung (4) <u>Dauer:</u> 1 Jahr (1) - 2 Jahre (2) - 3 Jahre (3) - 4 und mehr Jahre (4)			8b	
8c.	<u>Praktische Berufstätigkeit vor Eintritt in die Ingenieurschule:</u> 1 Jahr (1) - 2 Jahre (2) - 3 Jahre (3) usw. Die Zahl der Jahre ist in das Signierfeld einzutragen. - Keine vorherige Berufstätigkeit (0)			8c	
9.	<u>Unterrichtstechnische Hilfskräfte:</u> Abgeschlossene Ingenieurschule (1) - sonstige Vorbildung (bitte genaue Angabe (2)			9	
10.	<u>Fachrichtung bzw. Lehrbefähigung:</u> Hochbau (1) - Ingenieurbau (2) - Vermessung (3) - Maschinenbau (4) - Verfahrenstechnik (5) - Schiffbau (6) - Feinwerktechnik (7) - Physikalische Technik (8) - Elektrotechnik (9) - Hüttentechnik (10) - Bergbau (11) - Keramik und Glastechnik (12) - Holztechnik (13) - Papiertechnik (14) - Textiltechnik (15) - Schiffsbetriebstechnik (16) - Chemie (17) - Wirtschafts- und Betriebstechnik (18) - Gartenbau (19) - Landbautechnik (20) - Mathematik (21) - Physik (22) - Englisch (23) - Französisch (24) - Leibesübungen (25) - sonstige - (bitte genaue Angabe) (26)			10	

11.	<p>Tatsächlich erteilte Wochenstunden:</p> <p>Zahl der tatsächlich erteilten Wochenstunden insgesamt: Std.</p> <p>von den Wochenstunden entfallen auf folgende Fachrichtungen bzw. Lehrbefähigungen 1)</p> <p style="text-align: center;">Kennziffer wie Frage 10</p> <table style="width: 100%;"> <tr><td>_____</td><td>:</td><td>..... Std.</td></tr> <tr><td>_____</td><td>:</td><td>..... Std.</td></tr> <tr><td>_____</td><td>:</td><td>..... Std.</td></tr> <tr><td>_____</td><td>:</td><td>..... Std.</td></tr> </table>				_____	: Std.	_____	: Std.	_____	: Std.	_____	: Std.	11																													
_____	: Std.																																												
_____	: Std.																																												
_____	: Std.																																												
_____	: Std.																																												
12.	<p><u>Stundenermäßigung</u> insgesamt Std.</p> <p>davon: a) aus persönlichen Gründen (z.B. Alter, Krankheit) (1) Std.</p> <p>b) für Verwaltungstätigkeit (2) Std.</p> <p>c) für Betreuung von Laboratorien, Sammlungen, Büchereien u.a. (3) Std.</p> <p>d) für sonstige Tätigkeit (4) Std.</p>				12																																									
13.	<p>Angabe der Schule, an der außerdem Unterricht erteilt wird (Name der Schule, Fachrichtung und Wochenstundenzahl bitte eintragen):</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th>Name der Schule</th> <th>Fachrichtung (Kennziffer wie Frage 10)</th> <th>Wochen- stundenzahl</th> <th>Beschäftigungsart</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> <tr><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td></tr> </tbody> </table>				Name der Schule	Fachrichtung (Kennziffer wie Frage 10)	Wochen- stundenzahl	Beschäftigungsart																																					13	
Name der Schule	Fachrichtung (Kennziffer wie Frage 10)	Wochen- stundenzahl	Beschäftigungsart																																											
14.	<p><u>Fachliche Nebentätigkeit:</u> (gleichgültig ob honoriert oder nicht honoriert)</p> <p>Lehr- oder Forschungstätigkeit an: Technischer Hochschule (1) - anderer Wissenschaftlicher Hochschule (2) - sonstigen Bildungseinrichtungen (z.B. Fachschule, Volkshochschule) (3) - Industrie- oder Wirtschaftsberatung (4) - sonstige Nebentätigkeit (bitte genaue Angabe) (5)</p> <p>.....</p>				14																																									

1) Die Summe der in den einzelnen Fachrichtungen erteilten Wochenstunden muß die Gesamtwochenstundenzahl ergeben.

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. VIII

Rahmenentwurf
(15.9.66)Land:
Name der Hochschule:
.....
Ort:

Hochschullehrererhebung 1966

A. Statistischer Fragebogen für Lehrstuhlinhaber und Emeriti ¹⁾Stand: 15. November 1966

Zur Klärung der Lage der Hochschullehrer und des Hochschullehrernachwuchses wird auf Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 19./20. September 1963 und im Einvernehmen mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Hochschulverband eine bundeseinheitliche Befragung der Lehrpersonen und des sonstigen wissenschaftlichen Personals durchgeführt.

Die Befragung wird nur für statistische Zwecke ausgewertet. Es wird gebeten, den Fragebogen vollständig und möglichst genau auszufüllen und ihn fristgerecht an die Hochschulverwaltung zurückzureichen.

Bei vorgedruckten Antworten bitte das zutreffende Kästchen ankreuzen

Angaben zur Person

1. Familienname: Vorname:
2. Geschlecht: männlich ☐ weiblich ☐
3. Geburtsdatum:
4. Geburtsort: Kreis: Land:
5. Staatsangehörigkeit: deutsch ☐
falls weitere oder andere Staatsangehörigkeit, bitte angeben:
.....
6. Beruf des Vaters, auch wenn verstorben oder im Ruhestand:
 - a) Hat (hatte) Ihr Vater ein durch Prüfung abgeschlossenes Hochschulstudium? ja ☐ nein ☐
 - b) Was ist (war) sein Beruf?

Signierleiste

1.	
2.	
3.	Tag Mon. Jahr
4.	
5.	
6a.	
6b.	
7.	
8a.	
8b.	

Gegenwärtige Stellung im Lehrbetrieb der Hochschule

7. Stellung im Lehrkörper der Hochschule:

ordentlicher Professor ☐ außerordentlicher Professor und
Persönlicher Ordinarius ☐ außerordentlicher Professor ☐
Professor an einer Päd. Hochschule ☐ Professor am Pädagogischen Institut ☐ Emeritus ☐

8. a) Genaue Bezeichnung des Fachgebietes nach dem Wortlaut der Beauftragung:

b) Genaue Bezeichnung der Fakultät/Abteilung:

1) Es werden nur diejenigen Emeriti um Ausfüllung dieses Erhebungsbogens gebeten, die einen Lehrstuhl verwalten.

Hochschullehrererhebung 1966

B. Statistischer Fragebogen für Nichtordinarien und
sonstiges wissenschaftliches Personal
Stand: 15. November 1966

Zur Klärung der Lage der Hochschullehrer und des Hochschullehrernachwuchses wird auf Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 19./20. September 1963 und im Einvernehmen mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz und dem Hochschulverband eine bundeseinheitliche Befragung der Lehrpersonen und des sonstigen wissenschaftlichen Personals durchgeführt.

Die Befragung wird nur für statistische Zwecke ausgewertet. Es wird gebeten, den Fragebogen vollständig und möglichst genau auszufüllen und ihn fristgerecht an die Hochschulverwaltung zurückzureichen.

Bei vordruckten Antworten bitte das zutreffende Kästchen ankreuzen

Angaben zur Person

1. Familienname: Vorname:
2. Geschlecht: männlich ☐ weiblich ☐
3. Geburtsdatum:
4. Geburtsort: Kreis: Land:
5. Staatsangehörigkeit: deutsch ☐
falls weitere oder andere Staatsangehörigkeit, bitte angeben: ...
.....
6. Beruf des Vaters, auch wenn verstorben oder im Ruhestand:
a) Hat (hatte) Ihr Vater ein durch Prüfung abgeschlossenes Hochschulstudium? ja ☐ nein ☐
b) Was ist (war) sein Beruf?

Sicherheitsleiste		
3.	Tag	Monat
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6a.		
6b.		
7.		
8a.		

Gegenwärtige Stellung in der Hochschule

7. Akademische Stellung im Lehrkörper der Hochschule:
Honorarprofessor ☐ apl. Professor ☐ Privatdozent ☐
8. Haben Sie eine dienstrechtliche Stellung innerhalb der Hochschule ?
nein ☐ wenn ja, welche ?

- | | | | |
|--|---|---|--------------------------|
| a) Abteilungsdirektor bzw. Abteilungsvorsteher und Professor | <input type="checkbox"/> Oberingenieur *) | <input type="checkbox"/> Beamteter Lektor | <input type="checkbox"/> |
| Abteilungsdirektor bzw. Abteilungsvorsteher | <input type="checkbox"/> Akademischer Obererrat | <input type="checkbox"/> Lektor im Angestelltenverhältnis | <input type="checkbox"/> |
| Wissenschaftlicher Rat und Professor | <input type="checkbox"/> Oberstudienrat im Hochschuldienst | <input type="checkbox"/> Wissenschaftlicher Angestellter | <input type="checkbox"/> |
| Wissenschaftlicher Rat | <input type="checkbox"/> Oberkustos, Oberkonservator, | <input type="checkbox"/> Studiendirektor | <input type="checkbox"/> |
| Ausserplanmäßiger Professor mit Dienstbezügen | <input type="checkbox"/> Oberobservator | <input type="checkbox"/> Gymnasialprofessor | <input type="checkbox"/> |
| Universitäts- und Hochschuldozent, Dozent mit Dienstbezügen | <input type="checkbox"/> Direktor eines Instituts für Leibesübungen | <input type="checkbox"/> Studienprofessor | <input type="checkbox"/> |
| Leitender Oberarzt *) | <input type="checkbox"/> Wissenschaftlicher Assistent | <input type="checkbox"/> Dozent an einer Päd.Hochschule | <input type="checkbox"/> |
| Oberarzt *) | <input type="checkbox"/> Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle | <input type="checkbox"/> Studienleiter am Päd.Institut | <input type="checkbox"/> |
| Oberassistent *) | <input type="checkbox"/> Akademischer Rat, Studienrat | <input type="checkbox"/> Oberlehrer an einer Päd. Hochschule | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> im Hochschuldienst | <input type="checkbox"/> Päd. Hochschule | <input type="checkbox"/> |
| | <input type="checkbox"/> Kustos, Konservator, Observator | <input type="checkbox"/> Abgeordneter Lehrer an einer Päd. Hochschule | <input type="checkbox"/> |
| | | <input type="checkbox"/> Gastprofessor bzw. Gastdozent | <input type="checkbox"/> |

falls keine der genannten, welche sonstige dienstrechtliche Stellung:

*) einschl. Verwalter einer solchen Stelle

8b) Genaue Bezeichnung des Fachgebietes nach dem Wortlaut der Beauftragung:

Fakultät/Abteilung:

Falls keine Beauftragung: Angabe bzw. Bezeichnung des Lehrstuhls, Seminars, Instituts, der Klinik oder der sonstigen Einrichtung der Hochschule, an dem/der Sie tätig sind:

Fakultät/Abteilung:

c) Besoldung bzw. Vergütung:

ca) für Beamte:

Bezeichnung der Besoldungsordnung (A oder B oder H) und Besoldungsgruppe:

cb) für Angestellte:

Übertarifliche Vergütung nach ADO: ja ☐ nein ☐

Wenn nein, Vergütungsgruppe nach BAT:

cc) Sonstige Vergütungsregelung: ja ☐ nein ☐

d) Jahr der Ernennung in die gegenwärtige unter a) angegebene dienstrechtliche Stellung:

Studienabschluß und Habilitation

9. Abschluß des Studiums:

a) Diplom-/Magisterprüfung(en): ¹⁾

ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:
ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:

b) 1. Staatsprüfung(en): ²⁾

ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:
ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:

c) Promotion(en):

ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:
ja ☐ nein ☐ Studienfach: Jahr der Prüfung:

10. a) Habilitation: ja ☐ nein ☐

b) Wann fand die Habilitation statt ? (Jahr)

c) Fachrichtung der Habilitation:

Fakultät/Abteilung:

Hochschule:

11. Sind Sie zur Zeit noch an einer oder mehreren anderen Wissenschaftlichen Hochschule(n), Pädagogischen Hochschule(n) oder entsprechenden Einrichtung(en) tätig ?

Wenn ja, an welcher Hochschule: in welcher Stellung:

a)
b)
c)

Ort: Datum:

Unterschrift

1) Auch Verbandsprüfungen für Chemiker.- 2) Einschl. der Prüfungen für das Lehramt an Volks-, Real- (Mittel-), Höheren- und berufsbildenden Schulen sowie der ersten Theologischen (kirchlichen) Prüfungen.

Verwendung der Input-Output-Matrizen im Bildungswesen

Konkret auf den Fall des Bildungswesens übertragen, zeigt es sich, daß die Zugänge an Schülern zu den Bildungsinstitutionen exogen durch den freiwilligen oder (schul-)pflichtgemäßen Eintritt der Kinder (Inland wie Ausland) und endogen über andere Bildungseinrichtungen erfolgen können.

Übergänge vollziehen sich zwischen den Ausbildungsstufen oder den jeweiligen Bildungseinrichtungen (Schultypen/Schulgattungen); Abgänge meist durch Eintritt in das Erwerbsleben. Dieser kontinuierliche Prozeß von Abgängen, Übergängen, Zugängen läßt sich mit Hilfe der Matrix-Darstellung am anschaulichsten und analytisch zweckmäßigsten zeigen.

Die nachfolgend als Beispiel angegebene Übergangsquoten-Matrix in allgemeiner Form (Tab. 1) zeigt in der Kopfspalte die Übergänge (z) auf einzelne Bildungsinstitutionen. Sie ist wie folgt gegliedert:

1	Volksschule
2	Realschule
3	Gymnasium
4	Berufsfachschule
5	Berufsaufbauschule
6	Fachschule
7	Technikerschule
8	Ingenieurschule
9	Hochschule
10	nicht in der Schule (Beruf)

Die Vorspalte, die die Herkunft (h) der Schüler bezeichnet, weist in den Bildungseinrichtungen die analoge Gliederung auf.

Tab. 1
Übergangsquotenmatrix

auf (z) Übergänge aus (h)	1	2	10	Σ
1	$q_{1/1}$	$q_{1/2}$	$q_{1/10}$	1
2	$q_{2/1}$	$q_{2/2}$	$q_{2/10}$	1
.
.
.
10	$q_{10/1}$	$q_{10/2}$	$q_{10/10}$	1

Soll beispielsweise die Zahl der Schüler $a_{1/2}$, die am Stichtag (t) von der Volksschule (1) in die Realschule (2) überwechseln, berechnet werden, so muß die entsprechende Übergangsquote $q_{1/2}$ im Zeitpunkt (t) und der Bestand an Volksschülern S_1 im Zeitpunkt (t) bekannt sein. Die Übergangsquote von Volksschulen auf Realschulen ergibt sich wie folgt:

$$q_{1/2}(t) = \frac{a_{1/2}(t)}{S_1(t)} \quad (1)$$

Ganz allgemein läßt sie sich definieren:

$$q_{hz}(t) = \frac{a_{hz}(t)}{S_h(t)} \quad (h = 1, \dots, 10) \quad (z = 1, \dots, 10) \quad (2)$$

In folgender Matrix sind die einzelnen Übergangsquoten in allgemeiner Form eingetragen. Die Hauptdiagonale ($q_{1/1}, q_{2/2}, \dots, q_{10/10}$) gibt die Quoten der Schüler an, die im Zeitpunkt (t) in der betreffenden Ausbildungseinrichtung verbleiben. Da die Summe aller Übergangsquoten in horizontaler Richtung gleich 1 beträgt, ergibt sich die "Verbleiberquote" beispielsweise der Volksschule mit:

$$q_{1/1} = 1 - (q_{1/2} + q_{1/3} + \dots + q_{1/10})$$

oder $q_{1/1} = 1 - \sum_{z=2} q_{1/z} \quad (3)$

In analoger Weise kann die Zahl der Schüler bzw. Studierenden aller Ausbildungsarten vorausberechnet werden. Für die Bundesländer und kleinere regionale Einheiten wären zusätzlich die Wanderungen der Schüler und Studenten zu berücksichtigen.

In den in der beigelegten Matrix-Tabelle des institutionalisierten Ausbildungswesens (Tab. 2) wiedergegebenen Übergangsquoten sind nur zu einem Teil exakte Werte, zu einem anderen jedoch lediglich Schätzwerte enthalten, da infolge der bekannten Unzulänglichkeiten des statistischen Materials kein anderes Vorgehen möglich war. Dies bedeutet aber, daß eine hinreichend genaue Vorausschätzung der Schülerströme noch nicht möglich ist, und weiter, daß demnach auch hinreichend zuverlässige Lehrer- und Finanzbedarfsvorausschätzungen für das Schulwesen mit so erheblichen Unsicherheitsfaktoren

belastet sind, daß der Wert solcher Unternehmungen in Frage gestellt werden muß. Zur Vertiefung der hier geschilderten Form der Matrix- Darstellungs- und Rechnungsweise sei insbesondere auf das durch die Konferenz der Europäischen Kultusminister veranlaßte Handbuch für Bildungsstatistik der OECD¹⁾ hingewiesen.

1) Vgl. OECD-Handbuch, Methods and Statistical Needs for Educational Planning, Paris 1967.

Tabelle 2

Über Abgangsziffern (v.H.) in Matrixdarstellung des Bildungswesens der BRD 1965

Über (Ab-)gänge aus	auf Volks- schule ^{a)}	Real- schule ^{b)}	Gymnasium	Beruf- fachschule	Berufsauf- bauschule ^{c)}	Fach- schule	Techniker- schule ^{c)}	Ingenieur- schule	Hoch- schule ^{d)}	Beruf	Σ
Volksschule ^{a)}	[84,1]	4,8	5,4	1,4	0,3	-	-	-	-	4,0	100
Realschule ^{b)}	2,5	[72,8]	1,5	2,3	0,4	4,5	0,1	1,3	-	14,6	100
Gymnasium	1,0	1,1	[87,0]	1,0	0,2	0,7	-	-	4,2	4,8	100
Berufsfachschule	-	-	-	[47,2]	0,2	12,5	0,1	-	-	40,0	100
Berufsaufbauschule ^{c)}	-	-	-	-	[63,0]	19,8	-	7,2	-	10,0	100
Fachschule	-	-	-	-	-	[51,5]	0,2	-	0,4	47,9	100
Technikerschule ^{c)}	-	-	-	-	-	-	[91,7]	-	-	8,3	100
Ingenieurschule	-	-	-	-	-	-	-	[86,6]	0,9	12,5	100
Hochschule ^{d)}	-	-	-	-	-	-	-	-	[87,6]	12,4	100

a) Volksschulen ohne Sonderschulen

b) Realschulen bzw. Aufbauklassen

c) nur Vollzeitschulen

d) wissenschaftliche Hochschulen, Kunst-, Musik- und Sporthochschulen, Pädagogische Hochschulen.

Quellen: Über(Ab-)gangsquoten der allgemeinbildenden Schulen: Fischer, G.: Übergänge und Abgänge aus allgemeinbildenden Schulen 1963 bis 1965 in: WiSta 1966/ 7, S. 423

Über(Ab-)gangsquoten der berufsbildenden Schulen: Stat. Bundesamt: Berufsbildende Schulen 1964 und 1965, Fachserie A, Reihe 10; Ingenieurschulen, Technikerschulen und Technikerlehrgänge 1965, Fachserie A, Reihe 10; Arbeitsunterlagen zu Sperling, Weber: Neuzugänge aus berufsbildenden Schulen in das Erwerbsleben nach ausgewählten Ausbildungsfachrichtungen von 1958 bis 1964 in: WiSta, 1967/4, S. 243 ff.

Über(Ab-)gangsquoten aus Hochschulen: Stat. Bundesamt: Hochschulen 1964/1965, Fachserie A, Reihe 10; Lehrerbildende Anstalten und Einrichtungen 1964/1965, Statistische Berichte. Zahlen in eckigen Klammern bedeuten "Verbleiber".

